

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

7 (9.1.1931)







### Arbeitsbeschaffung durch Subvention?

Reichsfinanzminister Dietrich hat auf der Landesversammlung der württembergischen demokratischen Partei in Stuttgart eine programmatische Rede gehalten, in der er Andeutungen über Pläne der Reichsregierung zur Milderung der Arbeitslosigkeit machte.

Dietrich hat u. a. ausgeführt, daß „Wirtschaftssysteme früherer Zeiten untergegangen sind, als sie ihre Aufgabe nicht mehr zu lösen vermochten“ und daß angesichts der furchtbaren Auswirkung der letzten Krise positive Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Wiedereinreihung von Arbeitslosen ergriffen werden müßten. Als Weg hierfür bringt der Reichsfinanzminister in Vorschlag, für alle neu einzustellen mehrbeschäftigten Arbeiter einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln zu leisten, mit dem zugleich auch eine weitere Verbesserung der Erzeugnisse bewirkt werden solle. Nähere Einzelheiten über Umfang, Höhe und Ausgestaltung dieser Zuschüsse für Neueinstellungen hat der Reichsfinanzminister nicht angegeben. Er hat lediglich angedeutet, daß man seiner Vorstellung nach bei den wichtigsten Urprodukten beginnen müsse oder bei den verarbeitenden Industrien einsetzen solle, die besonders wichtige Rohprodukte verbrauchen, um zugleich mit dieser Aktion die Preise für die wichtigsten industriellen Grundstoffe, die für die gesamten Produktionskosten von Bedeutung sind, herabzudrücken. Es liegt die Vermutung nahe, daß mit diesen Hinweisen der Bergbau und die Schwerindustrie gemeint sind.

Die Äußerungen Dietrichs sind so unbestimmt gehalten, daß eine eingehende Auseinandersetzung mit diesen Projekten vorläufig nicht möglich erscheint. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben von der Regierung schon vor Monaten positive Maßnahmen zur Besserung der außerordentlichen Arbeitslosigkeit gefordert. Die Gewerkschaften haben in erster Reihe geforderte Maßnahmen zur gerechteren Verteilung der Arbeitsgelegenheiten durch Verbot der Überstundenarbeit, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche unter Heranziehung der freiverwendbaren Unterfüllungsmittel verlangt. Die Sozialdemokratie hat sich diese Forderungen zu eigen gemacht und bereits im Oktober im Reichstag entsprechende Anträge eingebracht. Die Durchführung dieser Forderungen ist bisher am Widerstand der Industrie- und Arbeitgeberverbände, sowie der bürgerlichen Parteien gescheitert. Wie man auch immer im einzelnen das von Dietrich entwickelte Projekt beurteilen mag, eines geht daraus hervor, daß die Regierung nun endlich einsehen hat, daß zur Milderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit und der bitteren Not der Massen außerordentliche Schritte ergriffen werden müssen.

Es muß vorweg betont werden, daß die Grundidee der Arbeitslosenfürsorge die Unterstützung der unerschütten aus dem Arbeitsprozess herausgeschleuderten Arbeiter und Angestellten bilden muß, und daß keinesfalls die notwendigen zusätzlichen Maßnahmen zur Wiedereinreihung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozess die finanzielle Sicherung der Unterstützung gefährden dürfen. Vielmehr ist die dringlichste Aufgabe auf diesem Gebiete die Sicherung der Unterstützung für die langfristigen Erwerbslosen durch eine vereinheitlichte Arbeitslosenfürsorge, die den Kommunen die nicht mehr zu tragende Last der Wohlfahrtsunterstützung wesentlich erleichtert. Die Sozialdemokratie hat in ihrem eingebrachten Initiativgesetz zur Arbeitslosenfürsorge hierfür den Weg gezeichnet. Gewisse Äußerungen in der Dietrich'schen Rede, die gegen das System der Arbeitslosenunterstützung gerichtet sind, wie z. B. die Äußerung, daß „durch die Arbeitslosenversicherung der Verantwortung der Familienangehörigen für die Familienmitglieder gelodert sei und eine Unmenge Not auf diesem System beruhe“, müssen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Eine Unmenge Not hat die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems, hat die furchtbare Krise herangerufen, und die Arbeitslosenversicherung hat wenigstens das Ausmaß dieser Not ein wenig gemildert.

Die Dietrich'schen Pläne der Lohnzuschüsse für einzelne Industriezweige müssen harte Bedenken erwecken. So richtig die Absicht ist, Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, so scheint doch in Dietrichs Plan die Gefahr einer ungerichteten Bevorzugung einzelner Industriezweige und einer uteslosen Subventionswirtschaft enthalten zu sein.

Die schon längst in Aussicht gestellte Senkung der Eisenpreise ist überfällig. Sogar haben sich die Erzeuger hartnäckig geweigert, sie vorzunehmen. Man hat den Eindruck, als ob der Plan Dietrichs dem Ziel dienen soll, die Senkung der Eisenpreise statt aus den Mitteln der Eisenwirtschaft aus den Mitteln des Staates zu bestreiten. Wir sind aber der Auffassung, daß eine kühnere Preislenkung, die die Regierung mit dieser Aktion verbinden will, auch ohne die Lohnnormen durchführbar ist und bei energischer Haltung der Reichsregierung gegenüber den großen monopolistischen Organisationen auch schon längst hätte durchgeführt werden können. Wir würden es für falsch und nicht für verantwortlich halten, wenn die Regierung vollwirtschaftlich erforderliche Preislenkungen mit herabgezogenen Lohnprämien erkaufen müßte. Das Schwergewicht der Aktion muß unjeres Erachtens auf die Wiedereinstellung von Arbeitslosen gerichtet sein, und wir glauben nach wie vor, daß der von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hierfür aufgezeigte Weg der wirksamste und zweckmäßigste ist.

Man wird zu den Regierungsplänen, wie schon anfangs bemerkt, erst dann abschließend Stellung nehmen können, wenn sie in allen Einzelheiten und begründet vorliegen. Die Regierung muß unerschrocken der Öffentlichkeit und dem Parlament die näheren Einzelheiten unterbreiten. Die Regierung hat auch die Pflicht, sich nochmals mit den Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. In einer Zeit, in der vier Millionen Arbeitslose unerschütet zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind, und ein großer Teil der werktätigen Bevölkerung in bitterster Not lebt, müssen mit größter Beschleunigung, aber doch mit Vernunft und wirtschaftlicher Überlegenheit wirksame Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und Überwindung der Wirtschaftskrise ergriffen werden.

### Kosbachs Banden

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: „Der Freikorpsführer und Oberleutnant a. D. Gerhard Kosbach, Leiter der Ekkhardspitze und des Bundes Ekkhard e. V., erlebt mit seinen politischen Kindern, die er sich in seiner Organisation, dem Bunde Ekkhard e. V., herangezogen hat, wenig Freude. Jetzt ist wieder ein heftiger Streit im Kosbach-Lager entbrannt, der sich um die politische Stellung und Betätigung Kosbachs und des Bundes Ekkhard dreht und der, wenn nicht alles täuscht, das Ende der Organisation Kosbach bedeutet. Der zweite Bundesführer des Ekkhard e. V. hat im Namen der Mehrzahl der Bundesmitglieder, darunter geschlossene Gänge, Kosbach in aller Form die Mitgliedschaft gekündigt. Der zweite Bundesführer fordert zunächst Kosbach in einem Rundschreiben auf, den Bund freizugeben, der Führerschaft zu entsagen und sich mit der Schirmherrschaft über den Bund zu begnügen. Diese Forderung wird mit der „politischen Vertauschung“ im Kosbach-Bund motiviert, zu der Kosbach selbst den Grund gelegt habe, als er auf eine Lehrkonferenz stellte Frage des 2. Bundesführers

# Die Agrar- und Zollpolitik

## Protestkundgebung der hannoverschen Bauernschaft

Die hannoversche Bauernschaft wandte sich in einer Entschiedenheit gegen die bisherige Agrar-, Zoll- und Handelspolitik der Regierung Brüning. Darin heißt es u. a.:

Die ordentliche Mitgliederversammlung der hannoverschen Bauernschaft, zu der die bäuerlichen Familienbetriebe aus allen Teilen Hannovers ihre Vertreter entsandt hatten, sieht in der seit mehr als Jahrzehnt betriebenen Agrar-, besonders aber in der Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung eine Politik die einseitig die Interessen des Großgrundbesitzes bekennt, dagegen sind die Interessen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft völlig vernachlässigt worden. Zugleich sind durch diese Politik den bäuerlichen Familienbetrieben, die von der allgemeinen Not der Volkswirtschaft nicht minder betroffen werden, als alle übrigen Berufe und Erwerbszweige, so große Opfer auferlegt und so schwere Schäden zugefügt worden, daß die Gefahr einer Vernichtung ihrer Existenz immer bedrohlichere Formen annimmt. Die Mitgliederversammlung der hannoverschen Bauernschaft warnt die Regierung, Parlamente und Parteien nachdrücklich, diesen Weg, der über kurz oder lang zu einer Katastrophe für den gesamten

deutschen Bauernstand und damit für die deutsche Volkswirtschaft führen muß, weiter zu gehen.

Die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande ist nur dadurch wieder herzustellen und auf die Dauer zu erhalten, daß die Produktionsströme die gesamte Kaufkraft der Kosten der ausländischen landwirtschaftlichen Produktion angepaßt werden. Dazu ist in erster Linie erforderlich Beseitigung des Systems der Verteuerung, der die Höhe der Erzeugungskosten beeinflussenden Rohprodukte (Produktionsmittel) durch eine schrankenlose Zollpolitik. Der deutsche Bauernstand kann die ihm obliegende volkswirtschaftliche Funktion, den Nahrungsmittelbedarf der deutschen Bevölkerung hundertprozentig selbst herzustellen und damit die deutsche Volkswirtschaft von der Belastung einer ungeheuren Einfuhr an Veredelungs-erzeugnissen zu befreien, nur erfüllen, wenn statt einer Verteuerung mit allen Mitteln eine Verbilligung der Produktionskosten, insbesondere der Düngemittel- und Futtermittelpreise angestrebt wird, und durch wirtschaftliche Maßnahmen die Voraussetzung für eine Bereinigung des zur Zeit völlig verkehrslosen Inlandsmarktes durch eine den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende Abgrenzung geschaffen wird.

nach der Stellungnahme des Bundes bei einer bestimmten revolutionären Situation“ geantwortet habe: Wir werden auf jeden Fall dort stehen, wo die Reichswehr steht.

Die Antwort Kosbachs an die „Abtrünnigen“ spießt Gift und Galle. Das Anfeuern, von der Führung zurückzutreten, wird als „Grotteste“ bezeichnet. Der 2. Bundesführer wird von Kosbach verdächtigt, Mitglied der kommunistischen Partei zu sein (!). Im übrigen schloß Kosbach den 2. Bundesführer und eine größere Anzahl „Getreue“ aus dem Bunde aus und verbot allen Bundesangehörigen jede Korrespondenz usw. mit den Abtrünnigen.

Interessant ist Kosbachs „Rechtfertigung“ gegenüber den Angriffen seiner bisherigen Freunde. Er schreibt u. a.: „Ich entschied mich also für die Spießherde, weil ich die Truppe wollte, für die Truppe, weil ich den Bund wollte, für den Bund, weil ich die Revolution will: allerdings ohne salonfähigemilitärische Problematik.“

### Feders Einzug ins dritte Reich



„Mit Dank und Befriedigung gedenken wir Nationalsozialistischen Kampftätigkeiten...“ Gottfried Feder im Rundfunk.

### Nazilümmeleien

Solche Lumpenkerle sind Volksvertreter

Weimar, 8. Jan. (Eig. Draht.) Im Gesetzgebungsausschuß des Thüringischen Landtags ereignete sich am Dienstag bei der Beratung der Fortschreibung ein bezeichnender Zwischenfall. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Brill stellte im Verlauf der Debatte fest, daß der ehemalige Herzog von Coburg-Gotha um 4000 Hektar Holzjagdflächen mehr vorgenommen habe, als es gesetzlich zulässig sei. Wahrscheinlich habe der Herzog zur Unterfütterung der Jagdschnecke Geld benötigt. Darauf erklärte der Nazilümmeleien Hennecke: „Wir brauchen das Holz, um die Nazixisten aufzuhängen.“ Brill entgegnete sofort, daß man dazu doch nicht den Wald abholzen brauche, die Laternenpfeile vor dem Landtagsgebäude genügen doch. In Erwiderung auf diese Äußerung bemerkte Hennecke gegenüber den sozialdemokratischen Ausschußmitgliedern: „Euch hängen wir nicht erst auf, euch schlagen wir gleich tot!“

Die bürgerlichen Abgeordneten schwiegen sich zu der Rohheit ihres Koalitionsgenossen aus. Auch der Vorsitzende, der Landeshändler Fode, griff nicht ein, er erteilte dem nationalsozialistischen Abgeordneten nicht einmal einen Ordnungsruf.

### Besprechungen über die Arbeitsdienstpflicht

Berlin, 8. Jan. (Eig. Meld.) Besprechungen mit den Spitzenverbänden der Arbeiter und Arbeitnehmer über die Frage der Arbeitsdienstpflicht werden am 12. Januar im Reichsarbeitsministerium abgehalten werden. Es sollen bei dieser Gelegenheit u. a. alle im Reichstage vorliegenden Anträge über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht erörtert werden.

Schmerzloses Rasieren durch vorheriges Einreiben mit NIVEA CREM. Preise: RM. 0.20-1.20

### Maßregelungen sozialdem. Beamter

Braunschweig, 8. Jan. (Eig. Draht.) In einer öffentlichen Versammlung erklärte der nationalsozialistische Präsident des braunschweigischen Landtags, Jörner, daß demnächst noch weitere sozialdemokratische Beamte auf die Straße gesetzt würden. Bei den entlassenen 26 dienstlichen Lehrern werde es nicht bleiben. Zunächst würden die beiden sozialdemokratischen Professoren Dr. Kidel und Jenien, die beide von der sozialdemokratischen Regierung für die Lehrerbildung angestellt worden sind, entlassen werden.

Jörner forderte die Versammlungsbesucher schließlich auf, ihm noch weitere Vorschläge für zu entlassende Beamte zu machen. Als ihm die Namen nur so an den Kopf floßen, rettete er sich, indem er sagte, am Schluß der Versammlung könnten ihm weitere Vorschläge gemacht werden.

### Stahlhelm und Reichsmarine

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Vor wenigen Tagen gab die hiesige Ortsgruppe des Stahlhelms dem nach Hannover überföhrten Korvettenkapitän a. D. Vattori einen Abschiedsabend, an dem u. a. auch der gegenwärtige Chef der Marineleitung der Nordsee, Vizeadmiral Tiffelen, in Brief teilnahm. Wie aus den Beziehungen zwischen Stahlhelm und Reichsmarine hervorgeht, ist u. a. auch daraus, daß Vattoris Nachfolger als Vorsitzender des Wilhelmshavener Stahlhelms der erst kürzlich aus der Reichsmarine ausgeschiedene Admiral Matthias ist. Oder sollten seine Beziehungen zum Stahlhelm wirklich erst jüngeren Datums sein?

### Erwerbslosen-Krawalle

Amsterdam, 8. Jan. (Eig. Draht.) In Amsterdam kam es auch am Donnerstag wieder zu kommunistischen Erwerbslosen-Krawallen. Im Westen der Stadt rotteten sich am Nachmittag einige hundert Personen zusammen und griffen einen Polizeibeamten an, der jedoch noch rechtzeitig Hilfe herbeiführen konnte. Im Verlauf des hierauf zu verzeichnenden Zusammenstoßes wurde ein Demonstrant durch einen Kopfschlag mit dem Gummiknüppel schwer verletzt. Am späten Nachmittag kam es im Zentrum am Dom abermals zu Zusammenstößen mit der Polizei. Mehrere Demonstranten wurden durch Säbelstöße schwer verletzt.

Kopenhagen, 8. Jan. (Eig. Draht.) In der dänischen Hauptstadt kam es am Donnerstag zu Erwerbslosen-Krawallen, 300 Arbeitslose durchzogen die Stadt und strümmerten in einzelnen Gruppen Geschäfte die Fenster ein.

Die Regierung plant zur Binderung der Not der Erwerbslosen außerordentliche Hilfsmassnahmen.

### Ein Bankett für Gefangene

Das Berliner Tageblatt meldet aus Madrid:

„Das Madrider „Volkshaus“, das die Vorstände der vertriebenen sozialistischen Gewerkschaften vereinigt, hat den im hiesigen Gefängnis sitzenden Führern des letzten Aufstandes ein „Bankett“ gegeben. Das ganze Menü wurde auf großen Platten in das Gefängnis geschickt. Das Hauptstück bildete eine große Torte, die mit Marskapillonen dekoriert war. Und zwar waren vier Gänge dekoriert, die die in der Mitte der Torte angebrachte Symbolik der Republik, die eine mit der Jakobinermütze gekrönten Mann, bewachen. Die Gänge trugen jede eine andere Kopfbedeckung: die eine eine Krönkrone, die zweite einen Guabiar-Zirkelhut, die dritte einen Ministerhut und die vierte eine Militärmütze. Die auf der Torte angebrachte Aufschrift lautete: „Die Gänge befehlen!“ Diese Symbolik ist recht deutlich. Es spricht für den guten Humor, mit dem fast alle politischen Dinge in Spanien behandelt werden, daß die Gefängnisleitung die Überreichung dieser Torte an ihre Schutzbefohlenen bildete. Ueberhaupt dürfte in kaum einem anderen europäischen Lande die Möglichkeit bestehen, politische Gefangene durch ein Bankett zu ehren.“

### Gute Verordnungen in Sachsen

Dresden, 8. Jan. (Kundendienst.) Die sächsische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der alle Frauen, die auf Privatdienstvertrag im Staatsdienst stehen, entlassen werden sollen, sofern sie Mann ausreichend verdient. Auf die im Beamtenverhältnis stehenden verheirateten Frauen soll eingewirkt werden, daß sie freiwillig auf ihr Amt verzichten. Im gegebenen Falle will man sie Gehalt unter Aufrechterhaltung der Versorgungsansprüche hehalten.

Die Genehmigung zur Ausübung entgeltlicher Nebenbeschäftigung oder eines Gewerbebetriebs durch Beamte soll in allen Fällen zurückgenommen werden, in denen eine Schädigung frei erwerbstätiger Personen festzustellen ist.

### Verurteilung Leguías und seiner Söhne

Lima, 8. Jan. Die Unterjuchung der Tätigkeit Leguías und seiner drei Söhne während der Präsidentschaft Leguías hat dazu geführt, daß Leguías und seine drei Söhne dazu verurteilt wurden, dem Staatschatz 25 Millionen Pesos zurückzuerstatten.



# Freistaat Baden

## Sie sind doch ein Bauer in jeder Beziehung

Aus dem Landtag schreibt man uns:  
 Wer hat so gesprochen? Natürlich ein Prolet! Jagen die Vertreter von Besitz und Bildung! Feilschen! Es war ein Vertreter der gelehrten Bildungsschicht unseres Volkes, ein nationalsozialistischer Professor aus Mannheim, der einem bäuerlichen Abgeordneten im Rechtspflege-Ausschuß des Landtags am 8. Januar dies schrieb, als der Vertreter der Bauern- und Wirtschaftspartei seine Ablehnung eines nationalsozialistischen Antrages begründete. Der also Angegriffene verwahrte sich natürlich gegen diese persönliche Beleidigung, bemerkte aber, daß er sich mit Stolz einen Bauer nenne!  
 Was tat nun der Nationalsozialist? Er sagte dem bäuerlichen Abgeordneten dem Sinne nach, er solle nur nicht so aufmucken, mit ihm stehe es wirtschaftlich auch nicht auf!  
 Jetzt rief ihm der Verdächtige doch der Geduldsfaden! Er klangelte den nationalsozialistischen Professor ganz gehörig ab, bescheinigte seine Beleidigungen als unerhörte und forderte ihn auf, sie außerhalb des Hauses zu wiederholen, damit er ihn gerichtlich belangen könne.  
 Das alles war das Werk weniger Augenblicke. Es ließ um deswillen gewisse Befürchtungen aufkommen, weil die beiden Abgeordneten im Sitzungssaal direkt nebeneinander saßen. Man dachte an die Schlägerei des 19. Dezember im Sitzungssaal des Landtags, aber es wurde doch schärferes persönliches Auseinandergeraten der beiden Kämpfer vermieden, weil jetzt auch der Vorsitzende eintrat und dem freilich nicht nationalsozialistischen Professor unterlag, die persönlichen Verhältnisse eines anderen Abgeordneten in die Debatte zu sieben.  
 So das tatsächliche Vorkommnis; gewiß keine Weltbegebenheit, aber charakteristisch für die Art, wie die Nationalsozialisten das geistige Niveau des badischen Parlamentes systematisch herabsiechen.

## Aus dem Rechtspflege-Ausschuß des Landtags

Aus Karlsruhe schreibt man uns unter dem 8. Januar:  
 In der ersten Sitzung des neuen Jahres hatte sich der Rechtspflege-Ausschuß mit einigen ihm vom Plenum überwiesenen Anträgen zu beschäftigen. Sie betrafen folgende Fragen:  
**Aufsichtsratsposten von Staatsbeamten bei Privatunternehmungen.**  
 Die Nationalsozialisten forderten von der Regierung einen Erlass, nach welchem es badischen Beamten, einschließlich der Minister, untersagt werden soll, Aufsichtsratsposten zu bekleiden.  
 Der Berichterstatter Deufel konnte den Nachweis führen, daß man nicht erst auf die Nationalsozialisten gewartet hat, um derartige Bestimmungen zu treffen. Er verwies auf den Artikel 44 der Verfassung und auf frühere Beschlüsse des badischen Landtags, nach welchen weder ein Beamter noch ein Minister solche gewinnbringende Aufsichtsratsposten bekleiden darf. Ist der Staat gezwungen, sich als Aufsichtsrat an einem Unternehmen zu beteiligen, so sind die betreffenden Besätze und Einnahmen (Anteile) selbstverständlich an die Staatskasse abzuführen.  
 Diese Beschlüsse sind, wie gesagt, längst gefaßt worden, weshalb der Ausschuß dem nationalsozialistischen Antrag die Zustimmung verweigerte.

**Mieterhöhungsabwehr und Rentnerverorgungsangelegenheit.**  
 Beide Fragen sind im Reichstag zu lösen. Die Mieterhöhungsabwehr ist durch die Notverordnung zum Teil geregelt. Der Ausschuß beschloß deshalb in beiden Fällen Uebergang zur Tagesordnung.  
**Können Gemeindevorstände als Gemeindevorordnete oder Gemeinderäte gewählt werden?**  
 Die Deutschnationalen haben in einem Antrage an den Landtag diese Frage verneint. Aus dem Verlauf der letzten Gemeindevorbewegung wissen wir, daß diese Angelegenheit mehrfach in der Öffentlichkeit erörtert wurde. Der Ausschuß beschloß, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen. Eine Änderung der Gemeindeordnung ist an sich in Aussicht genommen und dabei ist auch die von den Deutschnationalen behandelte Frage zu klären.  
 Die Sozialdemokratie war mit der Verweisung des Materials an die Regierung einverstanden, betonte aber ausdrücklich, daß sie sich die deutschnationalen Gedankenansätze und Forderungen nicht zu eigen mache. Die Gemeindevorstände seien nicht mindere Rechte, wie andere Staatsbürger. Bei der Schaffung der neuen Gemeindeordnung habe man ihnen das Recht, gewählt zu werden, anerkennen, es wäre ungerecht, es ihnen jetzt wieder zu nehmen.

**Die Milchlieferung aus der Schweiz.**  
 Ein Antrag des Abg. Hilbert und Genossen, der Vertreter der Bauern- und Wirtschaftspartei, auf Befreiung des schweizerischen Milchkontingents aus der Schweiz wurde zurückgestellt, da zur Zeit noch Verhandlungen geführt werden. Die Frage hängt eng zusammen mit der Beschäftigung badischer Arbeiter in schweizerischen Dörfern. Das schweizerische Milchkontingent von täglich 5000 Liter ist der Schweiz durch den Handelsvertrag mit Deutschland zuzubilligen.

## Schlußberatung über das abgeänderte Beamtengefeß

Aus dem Landtag schreibt man uns:  
 Das abgeänderte Beamtengefeß ist in seinen Wirkungen überaus wichtig. Deshalb kam der Rechtspflegeauschuß erst am Donnerstag, den 8. Januar, zu seiner Schlußberatung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte zur 2. Lesung bei der Regelung der Vertretung angelegter Beamter einen Antrag gestellt, daß hierzu nicht nur badische Beamte zugelassen werden sollen. Es wurde dann auch einstimmig beschlossen, daß die Fassung wie folgt zu lauten hat:  
 „Als Vertretende (der angelegten Beamten) können die bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwälte, ferner die Rechtslehrer an deutschen Hochschulen, sowie Beamte des Reiches und der Länder gewählt werden.“  
 Weiter wünschte die Sozialdemokratie, daß man in der Zulassung anderer Personen als Verteidiger leitens der Prüfungsbehörde nicht engherzig verfahren soll.  
 Im Beamtengefeß spielt auch die Selbständigkeit der Richter eine Rolle. Zu § 91 Ziffer 8 hat man einstimmig die folgende Fassung gut geheißt:  
 „Ein richterlicher Beamter kann die Einleitung des förmlichen Dienstverfahrens gegen sich selbst auch dann beantragen, wenn

die vorgelegte Behörde gegen ihn wegen Verletzung der dienstlichen Pflichten bei einem richterlichen Amtsgeschäft eine Ordnungsstrafe verhängt oder ihm gegenüber die ordnungswidrige Ausführung eines richterlichen Amtsgeschäfts gerügt hat. Der Antrag ist binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der Ordnungsstrafe oder der Rüge beim Justizministerium anzubringen. Hat der Beamte den Beschwerden weichen beizutreten, so kann er die Einleitung des Dienstverfahrens nicht mehr beantragen; ebenso schließt der Antrag auf Einleitung des Dienstverfahrens den Beschwerdebeweg aus. Dem rechtzeitig gestellten Antrag ist stattzugeben. Nach Abschluß der Voruntersuchung ist die Sache vor die Dienststrafkammer zu verweisen (§ 97). In dem Dienststrafverfahren kann auf jede nach dem Gesetz zulässige Dienststrafe erkannt werden. In dem Urteil ist zugleich über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der angefochtenen Verfügung zu erkennen. Der die Voruntersuchung führende Beamte wird von dem Vorsitzenden der Dienststrafkammer aus der Zahl der planmäßigen Richter der ordentlichen Gerichte ernannt.“  
 Außerdem wurde noch die Frage erörtert, ob bei der mündlichen Verhandlung gegen einen angelegten Beamten einer der Beiführer der Laufbahn des Beschuldigten oder einer verwandten Laufbahn angehören muß. So hatte der badische Beamtenbund beantragt, die Ausschlußmehrheit kam aber zu der Auffassung, daß die Laufbahn der Beamten, vor allem im Schulwesen, eine so vielseitige ist, daß diesem Antrag nicht stattgegeben werden kann. Er entschied sich für die Regierungsvorlage, in welcher es heißt:  
 „Von den nicht richterlichen Mitglieðern soll eines möglichst der Laufbahn des Angelegten oder einer verwandten Laufbahn angehören.“  
 Dadurch dürfte man den Interessen angelegter Beamter gerecht werden können.  
 Nach dieser gründlichen Ausschüßberatung hat das Plenum die Entscheidung zu fällen. Dort dürfte die Vorlage Ende Januar beraten und verabschiedet werden.

## Politischer Zusammenstoß

23. Bensheim (Beratung), 8. Jan. Als Angehöriger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei von einem Promagandamitarbeiter nach Reichenbach i. O. zurückgeführt, wurden sie von zahlreichen Kommunisten mit Prüdeln angegriffen. Auf Seiten der Nationalsozialisten gab es neun Verletzte, darunter fünf Schwerverletzte. Die Kommunisten ergriffen die Flucht; sie hatten ebenfalls Verletzte zu verzeichnen.

## Die badischen Aktiengesellschaften im Jahre 1930

Die Zahl der badischen Aktiengesellschaften, die zu Beginn des Jahres 1930 noch 439 betrug, ist in dessen Verlauf nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes auf 424 zurückgegangen. Einem Zugang von 12 neuen Gesellschaften steht ein Abgang von 31 gegenüber; der Gesamtbestand hat somit eine Minderung von 19 Gesellschaften erfahren.  
 Von den neubildungsneuen Gesellschaften sind nur 3 tatsächliche Neugründungen, 7 Gesellschaften bestanden bisher schon in einer anderen Unternehmensform, die restlichen 2 waren bereits in früheren Jahren gegründet und haben im Laufe des Jahres 1930 ihren Sitz nach Baden verlegt. Nach dem Zweck ihres Unternehmens verteilen sich die neuen Gesellschaften auf folgende Gewerbezweige: Textil-, Holzindustrie, Nahrungsmittel-, Bau-, Schotterwirtschafts-, Zement- u. Zementwerke, Metallindustrie und Gas- und Elektrizitätsversorgung je 2, Handelsgefeß 3.  
 Von den aufgehobenen Gesellschaften sind 14 in Liquidation getreten, 17 wurde das Konkursverfahren eröffnet, 4 gingen im Wege der Fusion auf andere Gesellschaften über, ebenso viele wurden von Amts wegen gelöscht, 2 verlegten ihren Sitz nach Außerbaden. Ihrem Geschäftsbetrieb nach gehören von diesen Gesellschaften an: der landwirtschaftlichen Gärtnerei und dem Reichsversorgungsamt je 1 Gesellschaft, der Industrie der Seife und Erden, der chemischen Textil-, Holz- und Musikinstrumentenindustrie je 2, dem Nahrungsmittelgewerbe 3, der Metallindustrie und dem Handel je 8.  
 Wenn auch die Zahl der aufgehobenen Aktiengesellschaften nicht die Höhe des Vorjahres (38) erreichte, so kennzeichnet schon die Tatsache, daß von diesen Gesellschaften 7 in Konkurs gerieten, die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse. Noch deutlicher tritt diese Tatsache zutage, wenn man die Geschäftsergebnisse betrachtet. Von

insgesamt 322 Aktiengesellschaften, deren Bilanzen für das Geschäftsjahr 1929 bzw. 1929/30 bisher bekannt geworden sind, konnten nur 113 eine Gewinnausschüttung vornehmen, von diesen verteilten 26 Gesellschaften eine Dividende von 5 Prozent, 68 über 5—10 Prozent, 16 über 10—15 Prozent und 3 über 15 Prozent. 109 Gesellschaften arbeiteten mit Verlust. Die übrigen 100 erzielten zwar einen bilanzmäßigen Gewinn, mußten jedoch von dessen Ausschüttung Abstand nehmen.

## Tätigkeit des Justizministeriums in Gnadenfachen im Jahre 1930

Im Jahre 1930 hat das Justizministerium 4721 Gnadenfachen gerichtlich bestrafte Personen erlebt. Gnadenweise erlassen 2886; darunter befindet sich eine größere Zahl von Gnadenacten, die aus Anlaß des Weihnachtsfestes ausgesprochen worden sind. Von den Gnadenacten lauteten 1049 auf bedingte Strafausschüttung — Strafurlaub oder Strafurlaub unter Setzung einer Bewährungsfrist mit Aussicht auf spätere Bewandlung bei guter Führung innerhalb der Bewährungsfrist —, 287 auf völligen oder teilweisen Nachlass von Freiheitsstrafen, 220 auf völligen oder teilweisen Nachlass von Geldstrafen, 351 auf Anordnung der beschränkten Ausübung aus dem Strafregister oder auf Tilgung von Strafrechtsereignissen, 707 auf sonstige Gnadenacten (Strafumsandlung, Nachlass von Nebenstrafen, einfacher Strafurlaub oder Strafurlaub, Gewährung von Teilzahlung bei Geldstrafen usw.). Abgelehnt wurden 1728 Gnadenacten. In 127 Fälle mußte eine im vorigen Jahre oder früher gewährte bedingte Strafausschüttung wegen schlechter Führung des Bestraften innerhalb der Bewährungsfrist widerrufen werden.  
 Zu den in der Ministerialinstanz gewährten Gnadenacten kommt noch eine größere Zahl bedingter Strafausschüttungen und Strafnachlässe, welche die Gerichte auf Grund der ihnen erteilten Ermächtigung im vorigen Jahre bewilligt haben. Ihre genaue Zahl kann zur Zeit nicht angegeben werden, da die statistischen Nachforschungen über den Geschäftszustand der Gerichte im Jahre 1930 noch nicht vorliegen. Sie wird aber kaum hinter der Zahl der im Jahre 1929 von den Gerichten ausgesprochenen Gnadenacten zurückbleiben, die 4023 Fälle betragen hat.

## Sport

**Um die Fußballmeisterschaft im 10. Kreis**  
 Jetzt sind endlich alle Bezirksmeister festgesetzt, und nun kann der Kampf um die Kreismeisterschaft beginnen. Es hat wieder lange gedauert bis es soweit war. Mäandrierend zwickelnd (Wiederholungspreis, zumeist längere Spielfreie Sonntage) waren wieder zu überwinden. Nun da es soweit ist, hoffen wir auf eine glatte, einwandfreie Durchführung der Kreisspiele.  
 Im 1. Bezirk hat sich dieses Jahr Mandburg an die Spitze gestellt. Es wäre im vergangenen Jahr schon berechtigt gewesen, aber durch idiosyncrasische Umstände der Bezirksleitung wurde es verhindert. Mandburg ist ein erst zu nehmender Gegner, es wird keinem ersten Gegner eine harte Nuß zu kneten geben.  
 Im 2. Bezirk ist ebenfalls ein neuer Meister beteiligt. Der 1. K. F. C. Ludwigsbaben, der jahrelang immer Bezirksmeister war und jetzt Kreismeister ist, hat sein Privilegium an Ritters Ludwigsbaben abtreten müssen. Bei Ritters ist eine große Formverbesserung festzustellen. Die Mannschaft ist ein gefestigtes Ganzes. Sie wird manchen Beteiligten eine Ueberraschung bereiten.  
 Im 3. Bezirk wurde der Entscheidungssampf zwischen Union Karlsruhe und Spaldbach ausgetragen. Spaldbach ist es gelungen, seinen Gegner niederzurufen und damit die Teilnahme an den Kreispielen zu sichern. Spaldbach ist kein Feindling. Es wird ein ernstes Wort in der Meisterchaftsfrage mitreden.  
 Im 4. Bezirk ist Redaran endlich der Zury geblieben, schon Jahre lang hat es im Endspiel um die Bezirksmeisterschaft mangelst. Aber immer erlief es eine Niederlage. Die Mannschaft ist gut, besonders die Hintermannschaft ist eine gute Stütze. Aber im Sturm hapert es. Wie sich die Mannschaft bei den Kreispielen schlägt, ist nicht gut vorauszusagen.  
 Der 6. Bezirk hat Reulsheld (Zaar) gemeldet. Nach Reulsheld ist nicht unbekannt. Es hat immer im Bezirk eine große Rolle gespielt. Reulsheld bereitet es Redaran gleich beim 1. Spiel eine Ueberraschung.  
 Die Termine der Spiele. Am 11. Januar spielen in Schoepheim Mandburg und Spaldbach, in Saarbrücken Redaran und Reulsheld. Am 25. Januar treten sich auf der Schwelbe in Mandheim Ritters Ludwigsbaben und der Sieger vom Spiel in Saarbrücken. Das Entscheidungsspiel findet am 8. Februar in Karlsruhe oder Umgebung statt. Als Gegner kommt die beiden Sieger vom Spiel in Schoepheim und vom Spiel am 25. Januar in Frage.  
 Wir erlassen unsere Mitteilungen, sowie die gesamte fortwährende Berichterstattung und insbesondere die Arbeiterchaft die Spiele der Arbeiterchaften zahlreich zu besuchen.

## Achtung! Arbeiterportier und Geinnungsgenossen!

Der technische Leiter der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale Karl Bühren, Leipzig, spricht am 9. Januar, 19.25 Uhr, für die Sender der Provinz (Leipzig und Dresden) und der Provinz (Norddeutsches Land) über: Das 2. Arbeiter-Olympiade

# Aus aller Welt

## Dreier Raubüberfall auf Frau Chaplin und den Boxer Carpentier

Neuport, 8. Jan. Der bekannte französische Boxer Georges Carpentier und Frau Lite Gros-Chaplin, die geschiedene Frau Charles Chaplins, waren gestern abend die Opfer eines verwegenen Raubüberfalls. Als sie im Theater, in dem sie aufzutreten waren, verließen und in ihr Auto stiegen, drangen mehrere Banditen unauffällig in das Auto ein und zwangen den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver, nach einer entlegenen Vorortstraße zu fahren. Dort wurden Frau Chaplin und Carpentier ihrer Burschenschaft und ihrer Juwelen beraubt, worauf die Räuber mit dem Auto davon fuhren. Frau Chaplin gibt an, daß sie allein Juwelen im Wert von 70 000 Dollar verloren habe. Den Beraubten gelang es erst nach längerem Ueberwandern, eine Autodrohsche zu finden, mit der sie in ihr Hotel zurückkehrten.

## Reiseler Einbruch in eine Sparkasse

Sandelsleben (Lauenburg), 8. Jan. In den gestrigen späten Abendstunden konnte ein Raubüberfall auf eine Sparkasse in dem benachbarten Steinbrunn rechtzeitig verhindert werden. Nach dem vielen Raubüberfällen der letzten Zeit haben die Sicherheitsbeamten auf dem Lande Geldinstitute besonders zu überwachen. Nun traf gestern abend ein mit sechs Personen besetzter Kraftwagen aus Hamburg in Steinbrunn ein. Einige Insassen des Autos waren bereits ausgeschritten, um in die Sparkasse einzudringen, als ein Landjäger sie bemerkte. Die anderen ergriffen daraufhin die Flucht. Es gelang den herbeigeeilten Beamten, zwei der Kraftwageninsassen und noch eine weitere Person dingelst zu machen. Dabei entwickelte sich zwischen den Beamten und den Räubern ein regelrechtes Feuergefecht. Verletzt wurde niemand.

## Folgen schwere Gasexplosion

Hamburg, 8. Jan. In der Erdgeschosswohnung eines Neubaublocks der Buchdruckergesellschaft ereignete sich gestern eine

schwere Gasexplosion. Während sich im Küchenherd Feuer befand und der Gashahn geöffnet war, entzündete sich das herausströmende Gas mit einer solchen Wucht, daß ein dreiteiliges Fenster auf die Straße geschleudert wurde, eine Wand zwischen Wohnstube und Badzimmer einstürzte und mehrere Türen zersplitterten. Bis zu dem dritten Obergeschoß wurden in sämtlichen Zimmern die Vertiefungen von den Türen losgerissen, zahlreiche Türschlösser eingedrückt und Schloßer und Sperrhaken durch den gewaltigen Luftdruck geöffnet. In der Wohnung fand man den 55-jährigen Wohnungsinhaber tot auf. Ob es sich um einen Unfallsfall oder die Tat eines Lebensmüden handelt, steht noch nicht fest.

## Unfall des Reichstagsabgeordneten Gregor Straker

Oberhausen, 9. Jan. Der nationalsozialistische Abg. Straker ist bei einer Schitour auf dem Hohenkopf verunglückt. Bei der Abfahrt kam er zu Fall und zog sich eine Verletzung der Wirbelsäule zu. Er wurde in das Krankenhaus nach Oberhausen verbracht.

## Unterschlagungen eines Bankiers

Berlin, 9. Jan. (Eigene Meldung.) Der Inhaber des Bankgeschäfts Primawess u. Co. in Schwedt a. d. Oder Karl Primawess und sein Prokurist Paulischel wurden verhaftet. Beide sollen der Postischen Zeitung zufolge anvertraute Gelder und Wertpapiere in Höhe von 400 000 Mark unterschlagen haben. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

## 60 000 Zentner Zuckerrohr auf Kuba vernichtet

Savanna, 8. Jan. Trotzdem die Regierung strenge Maßnahmen ergriffen hatte, um zu verhindern, daß die Zuckerrohrplantagen auf Kuba niedergebrannt würden, sind heute Brände an den Zuckerrohrplantagen im Pinar del Rio und in einzelnen Teilen der Provinz Matanzas ausgebrochen, durch die rund 60 000 Zentner Zuckerrohr vernichtet wurden.

# Nur 5 Tage Inventur-Ausverkauf ♦ großzügig herabgesetzte Preise ♦ Rud. Hugo Dietrich



### Volkswirtschaft Steuerdemagogie des Braukapitals

Es ist in den letzten Jahren Sitte geworden, in den Berichten der Aktiengesellschaften Politik zu machen. Im Geschäftsbericht sagt man wenig über die Geschäftsentwicklung des Unternehmens, sondern serviert der Öffentlichkeit seine wirtschaftspolitische und politische Auffassung. Mißbraucht wird auch die Gewinn- und Verlustrechnung. Hier hat sich die Mode eingebürgert, die Ausgabenposten ein wenig „aufzulüchern“, nämlich in Ausgaben schlechthin und in Steuern und Soziallasten. Diese „Aufgliederung“ hat einen rein demonstrativen Zweck. Sie bildet ein Privatvergnügen der betreffenden Verwaltung, über das man mit einem Kopfschütteln hinweggehen könnte, wenn der Unfug nicht in der Öffentlichkeit Schaden anrichten würde.

Die gekennzeichnete Methode wird ausgerechnet von der Brauindustrie stark angewandt, die sicherlich keine Ursache hat, zu klagen. Schon bisher wurde weidlich in den Braubilanzen geschimpft. Jetzt zieht es aber anziehend nicht mehr und man legt deshalb die Steuern einfach in ein Verhältnis zu irgendwelchen Betriebsgrößen wie Maschinenpark usw., um den Laien klar zu machen, wieviel Steuern man zahlt. Den Vogel in dieser Richtung hat zweifellos die **Brauerei-Verwaltung** geschlagen. Sie veröffentlicht, daß sie im letzten Geschäftsjahr 7,6 Millionen Steuern zu zahlen gehabt hätte, während das Aktienkapital nur 6,25 Millionen Mark betrug. Gewiß ein Schlag, der zieht. So gar zahlreiche bürgerliche Wirtschaftsredakteure hat dieser Beweis erschlagen und sie haben in ihren Zeitungen entsprechende Ueberschriften über diese Notiz gesetzt. Wenn man aber die Verhältnisse etwas kennt, muß man sich über die verlogene Demagogie wundern, die hier angewandt wird. Die Brauereien tragen nämlich die **Versteuern gar nicht selbst**, sondern der letzte Verbraucher muß sie auf sich nehmen. Deshalb ist die Biersteuer nichts anderes als ein Zeichen für die Größe des Abfahrs. Je höher die Steuer, umso größer der Absatz. Die veröffentlichten Zahlen belegen also gerade das Gegenteil. Sie zeugen von einem guten Geschäft und nicht von einer Notlage.

### Soziale Rundschau

#### Hunger und Luxus

##### Amerikanisches Stimmungsbild

Neuport, im Dezember 1930. Das Straßenbild ist um eine Szene reicher. Ueber Nacht sind sie aufgelaugt. Einer hatte die Idee, Zehn, Hunderte, Tausende machen es nach!

Wenn man letzte Woche „Down Town“ fuhr, sah man sie nur vereinzelt. In dem belebten Wall-Street-Biertel wirkten sie fast harmlos, unmerklich, finstlos. Heute findet man sie schon überall, an jeder Straßenecke stehen sie, an jedem Eins- und Ausgang der Untergrundbahn; ja selbst mitten auf den belebtesten Bürgersteigen haben sie sich postiert: Vermittelt gekleidete Gestalten mit roten gefrorenen Gesichtern. Sie treten von einem Fuß auf den anderen ... es ist bitter kalt.

In ihren Hüften tragen sie ein Schild mit roten Lettern: „Unemployed, buy apples!“ und ein Kistchen steht neben ihnen; es ist angefüllt mit rotwangigen Äpfeln, die sie feilbieten, 5 Cents das Stüd.

„Unemployed, buy apples!“ (Beschäftigungslos, kauft Äpfel!) lauen die Plakate, die ihnen um den Hals hängen.

„Sweet apples, nice apples!“ rufen die vom Frost blauen Lippen. Kein Schuttmann ist es was; sie haben ein Brotloaf: Sie sind arbeitslos. Ihre Zahl ist Legion, ihre Schilder wirken beängstigend, niederdrückend. Man steht zur Seite, wie beim Anblick eines Bettlers, und muß doch immer wieder hinschauen. Hundertmal hat man es schon gesehen, und man liest es immer wieder: „Unemployed, buy apples!“

Vor einem eleganten Warenhaus: Die Auslagen zeigen Leppiche von unermesslichem Wert; augenlose Puppen von unnatürlicher Schlantheit präsentieren Abendkleider, die im Licht glitzern. Am Randstein stehen herrliche Wagen, die der einkaufenden Dame warten.

„Apples, buy apples!“ klingt es dazwischen wie eine Klage. Eine Dame im Pelz geht vorüber, ein ausgetrockneter Arm hält ihr einen roten Apfel entgegen. „Only 5 cents!“ Sie wird rot und hastet vorbei. Was sie wohl gedacht hat? Zwanzig Schritte weiter steht wieder einer, jung und stark. Ein Riese. Er hält einen Apfel hoch über dem Haupte.

„Buy an apple, only 5 cents!“ kringt seine Mahnung, keiner hört ...

„Only 5 cents!“ ruft er beschwörend; niemand achtet seiner. Da geschieht das Unerwartete. Er betrachtet ihn einen Augenblick und ... mit bunziger Gier verzehrt er ihn selbst. „Unemployed, buy an apple!“ ruft der lauwende Mund.

### Die deutsche Sozialversicherung 1929/30

Die Entwicklung der Sozialversicherung 1929/30 zeigt nach den Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes folgendes Bild: Die Beitragsentnahmen der Träger der Sozialversicherung mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung betrugen 1929 insgesamt 4,5 Milliarden, die Gesamtausgaben 3,7 Milliarden, wovon 3,4 Milliarden auf die Pflicht- und freiwilligen Leistungen entfielen. Für Verwaltungskosten wurden insgesamt 6,35 v. H. verwendet. In der Krankenversicherung wurden insgesamt 2,11 Milliarden vereinnahmt und 2,01 Milliarden (davon 1,88 Milliarden für Pflicht- und freiwillige Leistungen) verausgabt. In der Unfallversicherung stellten sich die Einnahmen auf 430 Millionen, die Ausgaben auf 411 Millionen Mark. Die Invalidenversicherung vereinnahmte 1,235 Milliarden, davon 1,092 an Beiträgen und verausgabte 931 Millionen (davon 888 für Pflicht- und freiwillige Leistungen). In der knappschaftlichen Rentenversicherung der Arbeiter überstiegen die Einnahmen mit 223 Millionen die Ausgaben mit 186 Millionen um 27 Millionen Mark. Bei der knappschaftlichen Rentenversicherung der Angestellten ergab sich bei 39 Millionen Mark Einnahmen und 36 Millionen Mark Ausgaben ein Ueberschub von 3 Millionen Mark. Die Mehreinnahmen in den beiden Zweigen der knappschaftlichen Rentenversicherung sind den Aufschüssen des Reichs aus Lohnsteuermitteln zu verdanken. In der Arbeitslosenversicherung beliefen sich die Einnahmen auf 471 Millionen Mark, die Ausgaben auf 161 Millionen Mark. Die Arbeitslosenversicherung einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung und Be-

### Gewerkschaftsbewegung

#### Angestellten-Kündigung in der Waggonfabrik A.-G. Kassel

Wie uns vom Vorsitzenden Kassel des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) mitgeteilt wird, hat die dortige Waggonfabrik infolge einer ausgegangenen Verfügung der Reichsbahn, daß sie für das 1. Halbjahr 1931 bereits erteilten Aufträge auf das ganze Jahr 1931 zu strecken können, und daß weitere Aufträge für 1931 nicht mehr erteilt werden können, den Angestellten mit längerer Kündigungskfrist auf den 31. März und 30. Juni ds. Js. ihre Stellung kündigt. Die Kündigung der übrigen Angestellten unter 5 Dienstjahren und mit kürzerer Kündigung erfolgt zum 31. März. Sollte nun seitens der Reichsbahn, als wichtigster Auftraggeber für die hiesige Waggonfabrik, kein weiterer Auftrag erfolgen, so bedeutet dieses die Schließung der Waggonfabrik. Es werden dadurch bis zum 30. Juni 45 Angestellte und 350 Arbeiter erwerbslos und fallen der Fürsorge anheim.

Nach Lage der Dinge ist durch eine Stilllegung des Schiffs der Waggonfabrik besiegelt; an eine Wiedereröffnung dürfte kaum mehr zu denken sein, und das einst blühende Werk, das in den letzten Jahren vollständig modernisiert und mit den neuesten, leistungsfähigsten Maschinen ausgestattet wurde, hat aufgehört zu existieren. Es wäre dies umso mehr zu bedauern, als das Werk durch seine Qualitätsarbeiten sich einen anerkannten Ruf erworben hat und u. a. seine Straßenbahnwagen-Lieferungen, insbesondere für verschiedene bayerische Städte, direkt musterhaft ausliefen, ebenso natürlich auch die Lieferungen für die Reichsbahn. Seine Leistungsfähigkeit hat das Werk durch seine Lieferungen stets klar bewiesen und es wäre nach dieser Richtung hin abzuwarten, was sich ereignen wird, ein derartiges Werk einzusetzen zu lassen.

Die Entlassung der Angestellten und Arbeiter hat naturgemäß für Stadt- und Landkreis eine Schädigung weitgehender wirtschaftlicher Kreise zur Folge. Der Stadt Kassel verliert sich Einnahmequellen, andererseits wird das hiesige Arbeitsamt, das ohnehin jetzt schon relativ die größte Arbeitsloseniffer mit von Südwestdeutschland aufweist, mit diesen weiteren Arbeitslosen zugenommen belastet. Es sei noch erwähnt, daß durch eine Stilllegung der Waggonfabrik Kassel auch solche Industriezweige, Handel und Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen werden, die als Unterlieferanten der Waggonfabrik mit Holz, Eisen, Farben und Lacke, Glas, Schrauben und Nieten usw. belieferten.

Wenn nun in anerkannter Weise die Direktion des Werkes die Unterlieferanten möglichst von badiischen Firmen erfolgen ließ, ist die volle Auswirkung der Schließung des hiesigen Werkes im Augenblick noch nicht übersehbar. Es ist nun unumgänglich notwendig, daß sich alle Interessierten und in Mitleidenschaft gezogenen Kreise, allen Erstes gegen die Schließung des Werkes verwenden. Die Grenzlandrat Baden wird durch Stilllegung eines weiteren, sehr wichtigen Industriezweiges zweifellos sehr gestärkt.

In dieser Stelle sei noch darauf hingewiesen, daß die Waggonfabrik Kassel A.-G., Heilbronn, die infolge wirtschaftlicher Verhältnisse vor ca. 1 Jahre vor einer Schließung stand, später aber von einem Konzern übernommen wurde, heute ihren Betrieb aufrecht erhält, aber einem rheinischen Konzern angegliedert ist. Die Schließung der Waggonfabrik kann demnach zur Folge haben, daß die Landesregierung, die die Reichsbahn bei Auftragsvergabe vertragsgemäß dem Lande Baden zuweisen muß, ebenfalls von diesem Konzern übernommen werden.

In eine Aufrechterhaltung der Waggonfabrik Kassel ist bei Vorkaufhaltung weiterer Reichsbahnaufträge keinesfalls zu denken; es würde die Kassel-Quote der Waggonfabrik Kassel A.-G., Heilbronn, zufallen und demnach würde die Quote, wenn auch nicht direkt so doch indirekt, aus dem Lande Baden wandern. Im Interesse der Angestellten und Arbeiter, die auf die Entlassung dem breiten Volk preisgegeben sind und an die Gründung einer neuen Existenz kaum denken können, wäre zu wünschen, daß die Schließung des Werkes abgemindert wird.

#### Metallschiedspruch verbindlich erklärt

Ueber die am 27. Dezember vor. Jahres für die badiische Metallindustrie gefällten Schiedsprüche, die für die Bezirke Mannheim-Ludwigshafen und Frankfurt eine Senkung der Arbeitslöhne von 6,5 Proz., der Schiedsprüche um 6 Proz. bei gelehrten und angelernten und 5 Proz. bei ungelerten Arbeitern, für die Bezirke Freiburg und Seelzeil allgemein auf 5 Proz. vorlägen, fanden gestern vor dem Schlichter für Süddeutschland in Kamenheit des präsidialen Landesgeschäftsführers Rappert Verhandlungen in Karlsruhe statt. Die Schiedsprüche waren von Arbeitgeberseite in sämtlichen Bezirken abgelehnt, von Arbeitnehmerseite mit Ausnahme des Bezirks Mannheim-Ludwigshafen angenommen worden. Nach längerem Beratungen wurden die Schiedsprüche für Frankfurt, Freiburg und Seelzeil auf Antrag der Arbeitnehmerseite, von Mannheim-Ludwigshafen von amtswegen im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt. Damit hat der Lohnstreit in der südwestdeutschen Metallindustrie seinen Abschluß gefunden.

#### Schlichtungsverhandlungen bei der Reichsbahn

Berlin, 8. Jan. (Eig. Draht.) Am Donnerstag wurden die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Arbeitszeitstreits bei der Deutschen Reichsbahn wieder aufgenommen. Die Schlichtungskammer wurde durch den Reichsgerichtspräsidenten und das Schlichtungsamt am 13. Dezember unterbrochen. Die Unterbrechung wurde damit begründet, daß die Kammer zunächst einige Besprechungen in Reichsbahnbetrieben vornehmen müsse. Im Mittwoh ist die Schlichtungskammer von ihrer Informationsreise, die sie in verschiedene Direktionsbezirke der Reichsbahn geführt hat, nach Berlin zurückgekehrt.

Die **ADGB** im neuen Gewande. Die Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung, das Organ des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, erscheint seit dem 1. Januar im Format der großen Tageszeitungen. Dieser Schritt ist umso bedeutungsvoller, als die ADGB, die bisher schon aus der Fachpresse durch ein dreimaliges Erscheinen in der Woche herausragte. In dem neuen Gewande präsentiert sich die freigewerkschaftliche Bundeszeitung ihrem vortrefflichen. Der streng moderne Kopf trägt sich dem Gedächtnis des Lesers auf den ersten Blick ein. Das neue Format bietet der Schriftleitung die Möglichkeit, den Stoff in der lebendigen Form, unterstützt durch aktuelle Zeichnungen und Reportagen aus dem Beamtenleben dem Leser näherzubringen. Alles in allem kann konstatiert werden, daß die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung ihrem Ruf, in der Beamtenzeitung führend zu sein, auch auf dem Gebiete des Zeitungswesens treu geblieben ist.

#### In 17 Stunden über den Ozean

Die Mannschaft des italienischen Flugzeugwaders. Oben links: Luftfahrtminister Balbo. In 17 Stunden hat das italienische Bombenflugzeuggewader den Ozean von Solama (Portugiesisch-Guinea) nach Port Natal (Brasilien) überquert. Diese Leistung steht in der Geschichte der Luftfahrt ohne Beispiel da.



endigung der Arbeitslosigkeit (ohne Krisenunterstützung) erfordert 1,18 Milliarden Mark für Leistungen.

Die Ergebnisse für das jetzt abgelaufene Jahr 1930 lassen sich nur für einige Gebiete schätzen. So ist das finanzielle Ergebnis der Krankenversicherung noch ungewiß. In der Unfallversicherung können die gesamten Ausgaben auf etwa 430 Millionen Mark geschätzt werden. Die Einnahmen der Invalidenversicherung dürften auf 1,12 Milliarden Mark, die Ausgaben auf 1,07 Milliarden Mark anzunehmen sein. In der Angestelltenversicherung werden sich die gesamten Einnahmen auf 524 Millionen Mark und die gesamten Ausgaben auf 226 Millionen Mark belaufen. Die knappschaftliche Rentenversicherung wird voraussichtlich Verluste in der Arbeiter-Pensionskasse und in der Angestellten-Pensionskasse aufweisen.

#### Untersuchungen der Ursachen der Arbeitslosigkeit

In immer größerem Maße prüft sich auch in den amtlichen internationalen Organisationen die Erkenntnis Bahn, daß die Frage der Arbeitslosigkeit nicht ohne entscheidende Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet gelöst werden kann. Die 2. Vollversammlung des Völkerbundes räumte im September 1930 den Fragen der Wirtschaft und ihren Zusammenhängen mit sozialen Problemen einen bedeutenden Platz ein. In einer Entschließung wurde gefordert, daß die Wirtschaftsorganisationen des Bundes den Verlauf und die verschiedenen Entwicklungsphasen der augenblicklichen Depression einer eingehenden Prüfung unterziehe und bei diesen Arbeiten die Ergebnisse der schwebenden Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes über die Arbeitslosigkeit berücksichtige.

Die Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten durch die Bildung eines besonderen **Zwischenausschusses**, der zu einer gründlichen Untersuchung der verschiedenen Ursachen der Arbeitslosigkeit sich insbesondere mit der Prüfung der Frage des **Sozialwettbewerb** zwischen den Staaten, der schlechten internationalen Kapital- und Rohstoffverteilung, der mangelhaften Verteilung des Volkseinkommens zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen, der Schwierigkeit der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Verbrauchs, der Entwicklung neuer Industrien und der Veränderungen der Technik befassen soll.

Dieser Ausschuss, der am 27. Januar 1931 seine Arbeiten beginnen soll, dürfte, wenn er sich auf die Prüfung der aufgeschriebenen Programmpunkte konzentriert, die entscheidenden Ursachen der Krise berühren. Ihm gehören je vier Vertreter der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der Arbeitgebergruppe und der Regierungen an. In der Arbeitnehmergruppe des Ausschusses sind die deutschen Gewerkschaften durch Hermann Müller-Vishenberg vertreten.

**Inventur-Ausverkauf** haben wir unsere Preise für **Herren- und Knabenkleidung** jeglicher Art derart herabgesetzt, daß **JEDER** kaufen kann.

**15-50% billiger** Konfektionshaus „Merkur“ frühere Konfektionsabteilung der Firma **Ad. Stein Nachf.** (Beamten-Ratenkaufabkommen) 1049

Beispiel: Ein Posten Einzelstücke **Anzüge u. Mäntel Mk. 19.50**  
**233 Kaiserstraße 233**



Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt: Samstag, 10. Januar: Bretten: Abends 8 Uhr im „Wirttemberger Hof“ Mitgliederversammlung...

Sonntag, 11. Januar: Bühlertal (Amt Bühl): Mittags 3 Uhr im „Bühlerhof“ öffentliche Vortrag des Stadts. Genossen Koch...

Sonntag, 11. Januar, mittags 2 Uhr, Weinheim: im Gasthaus zum „Lamm“ in Erlenheim stattfindende Schulung...

Sonntag, 18. Januar: Weisheim: Abends 8 Uhr im „Stich“ öffentlicher Vortrag von Genosse Erbs-Karlsruhe über „Christentum und Sozialismus“...

Gemeindepolitik

3. Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Gemeindevertreter Badens am 1. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, in Offenburg, Saalbau „Drei Könige“

1. Aufgaben der Gemeindepolitik nach dem 16. November 1930. Referent: Landtagsabg. Georg Kleinbold, Mannheim.

2. Reich, Länder und Gemeinden nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930. Referent: Reichstagsabg. Dr. Paul Herr, Berlin.

3. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

4. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

5. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

6. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

7. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

8. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

9. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

10. Die gegenwärtigen politischen Situation, wie sie sich durch die Wahl vom 16. November 1930 ergeben hat, ist es dringend erforderlich, daß alle Parteifunktionäre auf der Konferenz vertreten sind...

Kleine badische Chronik

Der Winter macht Ernst!

Neue Schneefälle - Verschärfter Frost - Gute Schibaburen im Schwarzwald

cn. Vom Schwarzwald, 8. Jan. Innerhalb der letzten 48 Stunden sind die einzelnen wintertypischen Vorstöße unzweifelhaft kräftiger geworden...

Im Hochschwarzwald ist es sehr kalt geworden. Im Laufe des Mittwochs sanken die Temperaturen auf - 8 Grad zurück und ein tauber Nordwestwind treibt dicke, dunkle Schneemassen über die Berge dahin...

Vom Nordschwarzwald werden durchschnittlich 15-18 Zentimeter Schneehöhe im Bereiche der Sundsee, Bühlertal, Blättig, Herrenweies bis hinüber zur Dornisrinde gemeldet...

33. Oberweier (Amt Ettlingen). Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag im hiesigen Gemeindefeld beim Holzmaden...

33. Kappelrodeck. Der Arbeiter Friedrich Kamm wurde beim Gang zu seiner Arbeitsstelle von einem Motorradfahrer aus Offenhöfen, der in rasendem Tempo ohne Licht am Morgen durch die Hauptstraße fuhr, überfahren und schwer verletzt...

Unterrumbach (Amt Bruchsal). Mittwoch nachmittags verlor ein Handwerker aus Bruchsal seinen Fuß bei einem Unfall mit einem Motorrad...

Metzheim (Amt Wiesloch). Der 23jährige Landwirt Johann K. folaus K. führte in der Scheune von der Tenne und erlitt lebensgefährliche Verletzungen...

Stetten, 8. Jan. Im Bruchsalener Wald verbrannte heute mittag ein Personenauto vollständig infolge eines Verkehrsunfalls...

Spezialheim. Von religiösem Wahnsinn wurde ein im Spezialheim gewählter Gemeinderat, der in der Nacht zum Sonntag den Ortsgemeinderat wiederholt um Abhaltung eines Gottesdienstes ersuchte...

Staufen. Der hier wohnhafte 47 Jahre alte alleinstehende Sauer Franz Wauer wurde seit einigen Tagen vermißt. Die benachrichtigte Gendarmrie fand ihn, nach dem sie in das verlassene Haus eindringen war, ermordet auf dem Boden...

wieder hier ein Selbstmordversuch. Ein ca. 35 Jahre alter Mann durchschnitt sich mit einem Messer den Hals und wurde mit einer schweren Verletzung in das Lörracher Krankenhaus verbracht...

Emmendingen. Hier starb ein 14 Jahre alter Knabe beim Nachtwandeln vom Dach des väterlichen Hauses. Er wurde mit einem Armbruch aufgefunden...

Kraichgau. Krieger Schweinemarkt vom 7. Januar. Zufuhr: 97 Mischschweine. Preise: 24 bis 35 Mark pro Paar. Handel: lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 14. Januar 1931.

Bretten

Winternothilfe. Auf Freitag abend hatte der Gemeinderat Einladung ergeben lassen zur Besprechung über die Gründung einer „Winternothilfe“...

1. Unterwisheim. Das Arbeitslosenheer wird immer größer! Durch die Stilllegung der Betriebe der Zigarrenfabrik August Neuhaus hier wurden etwa 140 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen...

Gondelsheim. Zu der am Sonntag, 11. Januar, nachmittags 3 Uhr im Gasthaus „Zum Schwanen“ stattfindenden diesjährigen Generalversammlung der SPD werden sämtliche Mitglieder sowie Parteifunktionäre eingeladen...

5. Unterwisheim. Generalversammlung des Arbeiterjugendvereins. Sonntag, 4. Januar, fand im Gasthaus zum „Schwanen“ die diesjährige Generalversammlung des Arbeiterjugendvereins statt...

3. Kappelrodeck. Der Arbeiter Friedrich Kamm wurde beim Gang zu seiner Arbeitsstelle von einem Motorradfahrer aus Offenhöfen, der in rasendem Tempo ohne Licht am Morgen durch die Hauptstraße fuhr, überfahren und schwer verletzt...

Spezialheim. Von religiösem Wahnsinn wurde ein im Spezialheim gewählter Gemeinderat, der in der Nacht zum Sonntag den Ortsgemeinderat wiederholt um Abhaltung eines Gottesdienstes ersuchte...

Staufen. Der hier wohnhafte 47 Jahre alte alleinstehende Sauer Franz Wauer wurde seit einigen Tagen vermißt. Die benachrichtigte Gendarmrie fand ihn, nach dem sie in das verlassene Haus eindringen war, ermordet auf dem Boden...

Brombach. Nach dem erst vorgestern ein 60 Jahre alter Mann Selbstmord durch Erschießen verübte, ereignete sich gestern schon

Mein Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung. Eisenhardt Damenmoden, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 50a, Ecke Adlerstr. dauert nur noch kurze Zeit. Mein Lager muß schnellstens geräumt werden und habe ich meine billigen Preise nochmals herabgesetzt.



# BILDER VOM TAGE



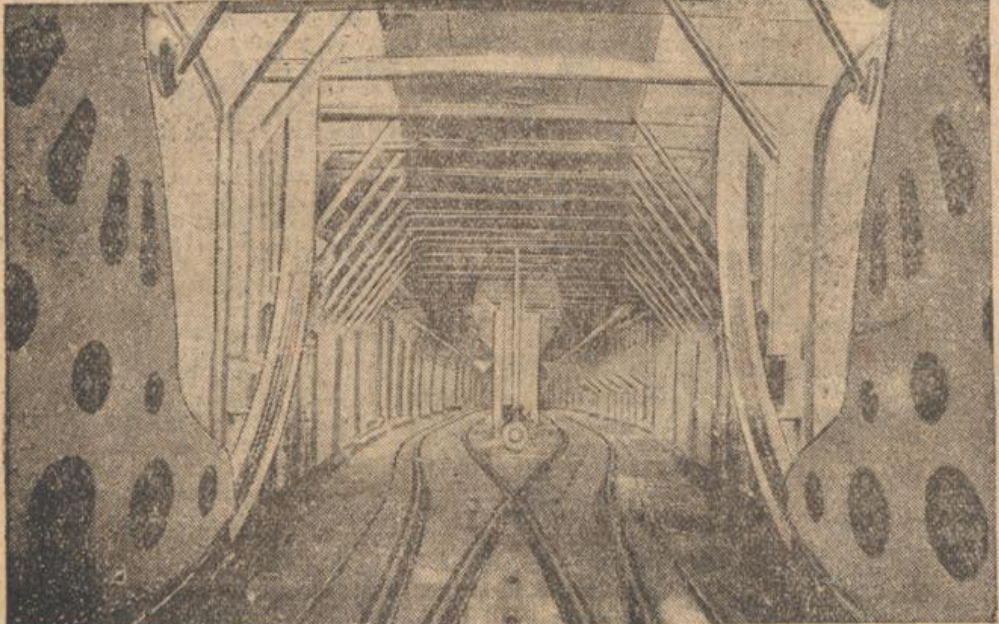
Eine umwälzende Erfindung eines Wiener Chemikers, Dr. Ferdinand Kinner (Wien) hat ein Patent auf ein Dauer-Streichholz angemeldet, das imstande ist, die ganze schwedische Zündholzindustrie aufs Schwere zu gefährden. Kinner's „Swines Zündholz“ ist nicht größer als ein schwedisches Streichholz und wirkt an der gleichen Reibfläche entzündet, vermag jedoch 600mal entzündet zu werden.



Die größte Bibel der Welt. Diese ungeheure Heilige Schrift hat ein Zimmermann in Los Angeles hergestellt. Das Buch ist 2,50 Meter hoch und 1,10 Meter breit. Jeder einzelne Buchstabe auf den 8048 Seiten wurden mit einer eigens konstruierten Handdruckmaschine gedruckt. Die Bibel wiegt 10 Zentner.



Der Krösus unter den Frauen. Frau Jone Suzuki, die Inhaberin der Weltfirma Suzuki, in der die größten japanischen Schiffsbereitungen, Stahlwerke, Zuder- und Baumwollfabriken vereinigt sind, soll die reichste Frau der Welt sein. Ihr Vermögen wird auf 600 Millionen Mark geschätzt.



Das Schiff als Bahnhof. Einfahrt in das deutsche Nährschiff „Schwerin“, das den Trajektverkehr zwischen Warnemünde und Giedder vermittelt. Das Schiff hat eine Gleisanlage für 7 große D-Buswagen, so daß man ohne umzusteigen von Berlin bis Kopenhagen im selben Eisenbahnabteil bleiben kann.



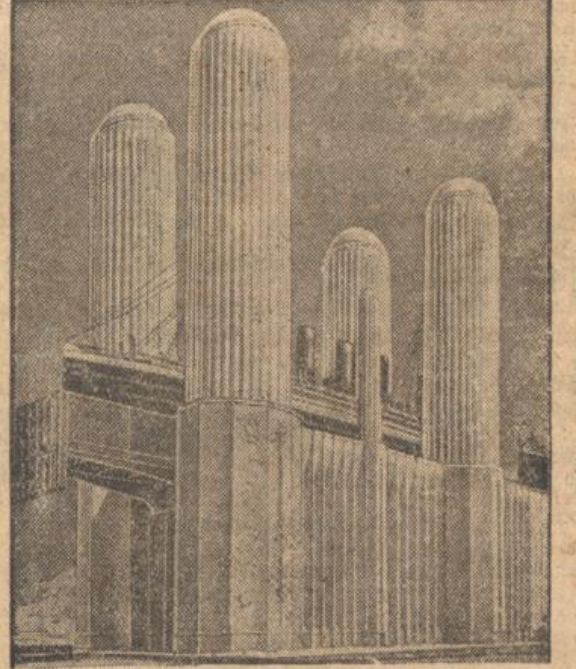
Erstes Bild von der Katastrophe des fliegenden Schotens. Zertrümmerter Wagen, der eine Explosion herabgeschleudert wurde. 3 Tote und 52 Verletzte forderte die Entgleisung des schnellsten Zuges der Welt bei Carlisle (Schottland).



Bei der Internationalen Springfontänen auf der neuen Solgenhause in Davos erreichte der Schweizer Bruno Trojani den fabelhaften Rekordsprung von 72 Metern. — Oben: Karikatur des Schiffsmaers.



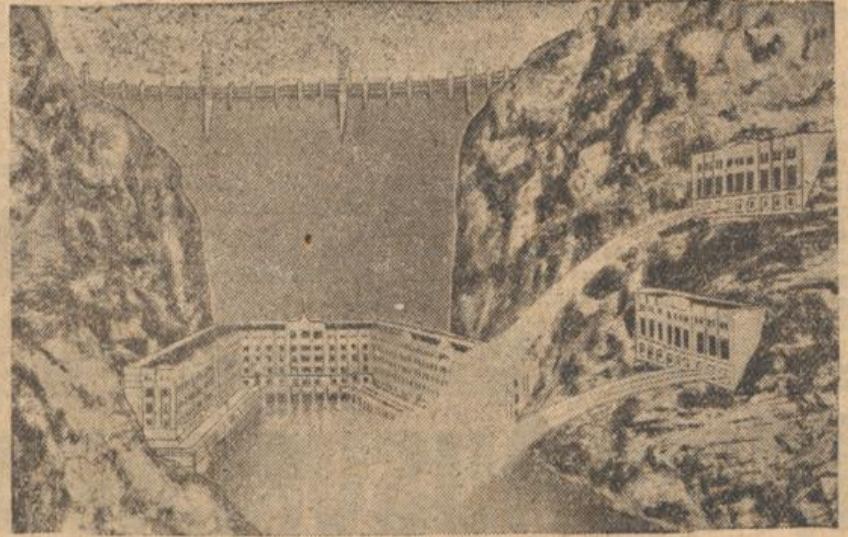
„Unsere Parole, Köpfe rollen zu lassen, lieber Goebbels! hat mit den Mordplänen unserer Anführer selbstredend nicht das mindeste zu tun, da wir nur den streng legalen Mordmord predigen!“



Phantastischer Zukunftsraum unserer Ingenieure. Ein Arien-Schiffshebewerk, entworfen von den deutschen Ingenieuren Georg Dillert und Hans Notmayer. Das gigantische Hebewerk soll die größten Schiffe 64 Meter heben.



... hat zu Neujahr pünktlich seine Visitenkarte abgegeben.



Skizze des im Bau befindlichen Hoover-Staudamms in den Vereinigten Staaten, der 1935 in Betrieb genommen werden soll. Das ungeheure Werk, das nach Fertigstellung halb Amerika mit elektrischem Strom versorgen wird, ist wohl das großartigste Projekt seit dem Bau des Panamakanals.



macht ihre Verkennung vor dem Reichsgericht









## An jedem Finger

können Sie sich ein neues Kleidungsstück leisten durch die maßlos herabgesetzten Preise in unferm Inventur-

# Ausverkauf

Und wohl gemerkt, es sind keine alten Ladenhüter, sondern zu 95 % Stücke der letzten Saison. Besichtigen Sie unsere Schaufenster.

## MÄNTEL

- Serie I Gute engl. Stoffe mit modern. Filzkragen, Backfischgrößen . . . . . 4.50
  - Serie II Rips und engl. Stoffe . . . . . 7.50
  - Serie III Engl. Stoffe u. Flausch, ganz gefüttert, m. hoh. Kragen, la Ware . . . . . 14.50
  - Serie IV Elec. Mäntel in Pelzimitation, engl. Stoffe, Velourlone, reine Wolle, ganz gef. . . . . 19.50
  - Serie V I Posten Gummimäntel, bekanntes Markenfabrikat, la Konfektion, Wollstoff mit Gummi besetzt . . . . . 10.75
- Alle nicht in Serien eingeordnete Stücke sind ganz bedeutend reduziert.

## KLEIDER

- Serie I Tankkleider in Seide, Wollkleider mit langem Arm, in vielen Farben . . . . . 4.75
- Serie II Reine Wolle Glocken- u. Faltenröcke, mod. Machart . . . . . 5.75
- Serie III Waschsamit, Veloutine, Rips, Tweed, nur neue Formen und Stoffe . . . . . 8.75
- Serie IV Flotte, jugendl. Kleider in vielen neuen Stoffen und Fassons . . . . . 11.75
- Serie V Reinwollene und elegante seidene Frauenkleider . . . . . 16.75
- Serie VI Besond. eleg. Kleider, darunter Modelle in Wolle und Seid., in den besten modernsten Stoffen . . . . . 19.75



# MELO Lebensmittel

Stets frisch Stets gut Stets billig

Verkauf soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

<b>Nudeln u. Bäckwaren</b>	<b>Sallmooswaren</b>	<b>Konferven</b>
Gemüsenudeln 2 Pfd. 78 Pf. Pfd. 40 Pf.	Landbutter . . . . . Pfd. 1.35	Ital. Tomatenmark 1/2 Dose 25 Pf.
Eiersuppeninlagen Pfd. 55 Pf.	Molkereibutter . . . . . Pfd. 1.45	II. Tomatenmark 1/2 Dose 75 Pf. D. 16 Pf.
Eiergemüsenud. 2 Pfd. 1.05 Pfd. 55 Pf.	Limburger . . . . . Pfd. 50 Pf.	Anafimus 1 Pfd.-Ds. 32 Pf. 2 Pfd.-Ds. 55 Pf.
Eierbruch-Spaghetti 1 Pfd.-P. 54 Pf.	Frisch-Eier . . . . . 10 Stück 88 Pf.	Ananas 6 Scheiben . . . . . Dose 75 Pf.
Eierbr.-Makkaroni 1 Pfd.-P. 52 Pf.	Amerik. Schweineschmalz Pfd. 68 Pf.	Sellerie in Scheiben 2 Pfd.-Dose 85 Pf.
Eierpaghetti u. Makk. 1 Pfd.-P. 65 Pf.	Kocheier . . . . . 10 Stück 88 Pf.	<b>Gemüse-Erbsen</b> 2 Pfd.-Dose 50 Pf.
Pers. Aprikosen bes. süß, Pfd. 54 Pf.	<b>Wurstwaren</b>	Konlum-Gemüse-Milchong 55 Pf.
Californ. Mischobst Pfd. 45 Pf.	Schweinekleinfleisch . . . . . Pfd. 40 Pf.	Jg. Schnitt- u. Brechbohnen 50 Pf.
Calif. Pfäumen Pfd. 45 Pf. 35 Pf. 30 Pf.	Dörrfleisch mager . . . . . Pfd. 1.45	Jg. Perlbrechbohnen 1 Pfd.-D. 75 Pf.
Ital. Vollreis 2 Pfd. 42 Pf. 1 Pfd. 24 Pf.	Mattwurst im Ring . . . . . Pfd. 1.25	Junge Kohlrabi 1 Pfd.-D. 30 Pf. 50 Pf.
Haferlocken II 5 Pfd. 95 Pf. Pfd. 20 Pf.	Krakauer . . . . . Pfd. 95 Pf.	Rote Rüben 1 Pfd.-Dose 30 Pf. 50 Pf.
<b>Heringe u. Rollmops</b> 1 Liter-Dose 95 Pf.	Landrotwurst . . . . . Pfd. 80 Pf.	<b>Bücklinge</b> frisch ger. Pfd. 35 Pf.
Bismarckheringe 1/2 Ltr.-D. 55 Pf.	Thür. Landleberwurst . . . . . Pfd. 45 Pf.	Goldbarsch geräuch. Pfd. 45 Pf.
Saure Heringe 1/2 Liter-D. 1.-	Amerikanische Äpfel 2 Pfd. 85 Pf.	Salzheringe extra groß, 10 St. 75 Pf.
	Pampelmusen . . . . . Stück 50 Pf.	
	Süße Orangen . . . . . 4 Pfd. 75 Pf.	
	Walnüsse . . . . . Pfd. 45 Pf.	

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

Un erwartet verschied heute unser Prokurist

## Herr Regierungsrat Wolfram Hauger

In dem Heimgegangenen verlieren wir einen hervorragend tüchtigen Mitarbeiter, der stets seine ganze Kraft in den Dienst unseres Unternehmens stellte. Wir werden ihm ein ehrenvolles Gedenken bewahren

Karlsruhe, den 8. Januar 1931

Aufsichtsrat und Direktion des Badenwerks

### Todes-Anzeige

Am 8. Januar ist un erwartet rasch mein lieber guter Mann, unser treuer Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel

## Herr Adolf Kiesel

nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 53 Jahren sanft entschlafen.

Karlsruhe, den 8. Januar 1931.  
Rudolfstraße 25

Die trauernden Hinterbliebenen  
**Frau Eva Kiesel**, geb. Beisel  
nebst Kindern

Die Beerdigung findet am Samstag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt

### Nachruf

Heute verschied nach kurzem Leiden unser verehrter Personalchef

## Herr Regierungsrat Wolfram Hauger

Prokurist

Wir betrauern in dem Verewirten einen Mann von reichem Wissen und vorbildlicher Pflichterfüllung, dessen hoher Gerechtigkeitsinn und Herzengüte unsere tiefste Verehrung gewann.

Wir werden dem Heimgegangenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Karlsruhe, den 8. Januar 1931.

Die Angestellten und Arbeiter des Badenwerks

Nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit bietet unser großzügiger

# Inventur-Ausverkauf

mit rücksichtslos herabgesetzten Preisen

und **10% Rabatt** auf reguläre Ware

**Einige Beispiele:**

Aparte Stores fertig jede Breite p. Meter	3.20	Diwanddecken Gobelin	6.90
Stores Handtüter und Tüll Stück	3.95	Diwanddecken Plüsch	29.75
Madr.-Garnitur 3teilig Stück	4.45	Tischdecken Kunstseide etc.	7.95
Tüll-Garnitur 3teilig Stück	7.95	Bettdecken 1 und 2teilig	11.95
Flammenrips-Garnitur 3teilig Stück	11.95	Bettvorlagen Velour etc.	6.95
Mull weiß und bunt 120 cm breit . . . per Mtr.	98 Pf.	Läufer Bouclé, 68 cm . . . p. Mtr.	2.95
Voll-Volle bunt u. indianen p. Mtr.	2.40	Läufer Cocos, alle Breiten ab	2.35
Volant-Gardinen weiß und bunt	65 Pf.	Bouclé-Toppiche reines Haarware, 200/300	42.-
Flammenrips indianen, uni u. gemust.	2.15	Velour-Toppiche 200/300	79.-
Felle chinesische Ziege . . . . .	6.95	la. Wolf-Tourmay	135.-

Bei Selbst-Anfertigung werden die Maßänge kostenlos zugeschnitten!

Besichtigen Sie bitte unsere Auslagen!

Ununterbrochen von 10-7 Uhr geöffnet!

## Spezialhaus f. Gardinen u. Teppiche Gebr. Kaul

Kaiserstraße 109  
zwischen Adler- u. Kronenstraße

### Mußbaum-Speisezimmer

hochlegante Form  
Stillett, Stredenz  
Mark 432.-

Widderhand  
**Carl Baum & Co.**  
Erbsengasse 31  
Reim Baden 700  
Städtl. 3 Eger ab  
100 Zimm u. Küchen

### Strümpfe

werden angestrickt  
**Alte Stricklachen**  
angearbeitet u.  
Renovierungen bill.  
Strickstr. 25, 3. St.

### Handelschulen und Höhere Handelsschul n I und II Karlsruhe.

Am 12. Januar beginnen nachstehende **Abendkurse:**

1. Fremdsprachen (Französisch, Englisch, Spanisch, Abteilungen für Anfänger und Fortgeschrittene, Korrespondenz und Konversation).
2. Kaufmännisches Rechnen.
3. Buchhaltung für Anfänger.
4. Buchhaltung für Fortgeschrittene (Schwierige Fälle, Bilanzbetrachtung, Gegen, Sicherungen, Büchsen usw.).
5. Steuerlehren.
6. Eisenbahnverkehrslehren.
7. Handelsbetriebslehre und Briefwechsel.
8. Vertriebslehre (Verkaufspädagogie).
9. Stenographie.
10. Schreiblehre und Dekoration.
11. Warenkunde: a) Textilien, b) Lebensmittel, c) Haushaltswaren.
12. Schönheitslehre und Hochschreiben.
13. Stenographie - Einheitsstufenschrift, Abteilungen für Anfänger, Fortgeschrittene und Redeschritt.
14. Maschinenschreiben, Abteilungen für Anfänger und Fortgeschrittene.

Kursdauer vom 12. Januar 1931 bis 27. März 1931.

Der Unterricht findet jeweils abends von 19-21 Uhr statt. Für jedes Fach sind bei 4 Wochenstunden etwa 50 Unterrichtsstunden vorgesehen.

Die Kursgebühr beträgt für jeden Kurs 12 M. für Maschinen schreiben 14 M. Anmeldungen werden bis 12. Januar 1931 im Sekretariat, Kirfel 22, 2. Stock, Zimmer 8 und Kirgelstr. 118, Zimmer 12 entgegengenommen.

Die Direktionen.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

9. Januar, 1829 \*Kaiser W. n. Schlagsintweit. — 1847 \*Robert Garbe, Konstrukteur der Dampflokomotive. — 1848 \*Astronomin Caroline Herschel. — 1905 \*Eusebius Michel. — 1908 \*Wilhelm Buch. — 1928 Trautz und andere Oppositionelle smangverhaftet.

## Inventur

Inventur! — Das ist wie der letzte Sturmangriff auf den Geldbeutel der Hausfrau!

Inventur! — Das ist der verzweifelte Kampf um den letzten Groschen, der vom Weihnachtsgeschäft übrig geblieben ist.

Inventur! — Das sieht aus, wie wenn das Geschäft von Müller und das von Meyer sein Lager auf die Straße werfen wollte, förmlich verscherten wollte, damit ja nur um Gottes willen im Laden Raum geschaffen wird!

Inventur! — Das ist die alte Jahre wiederkehrende Orgie vom großen Ausverkauf.

„Konkurrenzlos herabgesetzte Preise!“

„Nach nie so billig!“

„Stehenbleiben! Hier bekommen Sie für ein Trintgeld alles geliefert!“

„Preisreduzierung um 50 Prozent!“

„Die große, nie wiederkehrende Gelegenheit!“

Dann legt die große Winterwanderung in die Inventurgehäfte ein.

Ein Stoßen, ein Drängen, ein Schieben, als gälte es, sich den Eingang ins Paradies zu erschleichen.

„Machen Sie sich gefälligst nicht so breit! Wollen uns wohl alles vor der Nase weglaufen, was? So 'ne Rücksichtslosigkeit!“

„Seien Sie doch bloß still! ... Wer zuerst kommt, mohlt zuerst!“

„Werden Sie schon bedient, meine Herrschaften ...?“

„Da kann ich Ihnen eine prima Ware zeigen, mein Herr. Erstklassig, jawohl stark herabgesetzt im Preis — Wie bitte?“

„Ja, mein Sie in acht Tagen wieder kommen wollen — Obs dann noch da ist?? Die Ware? — Ja, wissen Sie, das glaub ich kaum —“

Der Geschäftsführer schlängelt sich mit fabelhafter Geschwindigkeit durch die Menschenhaufen heran, geht auf den Jägerdon zu und sagt mit freudlichem Grinsen —

„Herrnherrchen — Aber bitte da haben wir doch die fabelhaftesten Mäntel — Karierter? — Einfarbig? — Alles letzte Mode, mein Herr! — Torsichtige Sachen — Und so billig — das müssen Sie sich aber mal ansehen! — Fräulein Meyer! Fräulein Meyer! Aber wo stehen Sie denn? — Wie? Na, das geht doch nicht! Zeigen Sie mal dem Herrn die neuen Hemden mit dem kleinen hellgrauen Kato — Sie wissen doch — Oben links!“

„Fräulein, Sie haben da draußen so eine nette Bluse ausgehängen — Chiffon braun — für 7,50 Mark —“

„Chiffon braun für 7,50 Mark, meine Dame? — Einen Augenblick — Chiffon braun — Ah, die ist leider schon ausverkauft — Vielleicht kann es etwas anderes sein — Ich habe hier so eine nette Sache — was bitte? — Aus dem Schaufenster? — Ja, das geht leider nicht — Die Dekoration, wissen Sie —“

Hochrote, umherfliegende Verkäuferinnen, sich durchschlängelnde Aufsichtsherren, belagerte Kassen, Drängen, Schieben, Stoßen —

Inventur! Haben wir es eigentlich nicht alle nötig, Inventur bei uns zu machen! Auszuräumen! Das Alte und Faule hinauswerfen und wegzufahren!

Inventur bei der Weltwirtschaft! Ein großer Ausverkauf dieses Kapitals! Ein neues Lager der gegenseitigen Verständigung und der internationalen Verbrüderung!

Inventur! — Das soll später einmal ein Kampf um die Räumung sämtlicher Lager und zur Einrichtung eines ganz neuen Warenhauses der Weltwirtschaft sein.

Einströmen aber rennen wir zur Inventur der Firma X und der Firma Y!

(\*) Doppelmeldungen zur Notgemeinschaft. Es kommt immer wieder vor, daß einzelne Hilfsbedürftige versuchen, die Gaben der Notgemeinschaft sich an verschiedenen Stellen zu verschaffen. Es liegt daher Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß festgesetzte Doppelmeldungen unweigerlich zum Ausschluß aus dem Kreise der Notgemeinschaftsmeldungen führt. Da jeder Ausweis doppelt ausgestellt wird und der Doppelschein in der Notgemeinschaftstafel geführt wird, kommt sparsamfüßig jede Doppelmeldung zum Vorschein. Falls Bedürftige sich irrtümlicherweise an zwei Stellen gemeldet haben sollten, so werden dieselben aufgefordert, sich bei der Geschäftsstelle der Notgemeinschaft, Stefanienstraße 74, unverzüglich zu melden.

(\*) Jahresbilanz des Karlsruher Flughafens. Von den verchiedenen innerdeutschen und internationalen Fluglinien, zu denen der Flughafen der Badisch-Pfälzischen Luftlinie in Karlsruhe Anschlüsse vermittelt, hat sich im vergangenen Jahre die internationale Ost-West-Linie Paris-Saarbrücken-Karlsruhe-Stuttgart am besten bewährt; sie ist überhaupt, neben der Süderlinie, die rentabelste Strecke der Deutschen Luftlinie. Außerdem erzielte sich auch die Schwarzwaldbahnlinie starker Frequenz. Insgesamt wurden von Karlsruhe aus 424 Fluggäste befördert, ankommende wurden ebenso viele und durchreisende 1010 befördert.

(\*) Spende. Herr Kaufmann Ferdinand Somburger, hier, hat wie vom Rathaus gemeldet wird, dem Herrn Oberbürgermeister — anlässlich seines 70. Geburtstages — 300 M. zur Verteilung an Bedürftige dieser Stadt zur Verfügung gestellt.

## Arbeiten für den Bürgerratsausschuß

Dem Bürgerratsausschuß sind zur Beratung in der ersten Sitzung am nächsten Dienstag verschiedene Vorlagen zugegangen. So u. a. als Kostentabelle die

Verlegung der Abw. zwischen Honellstraße und Anielingen.

Der Stadtratsbeschuß hierzu lautet:

1. Zwischen Honellstraße und Anielingen ist die Abw. nach dem Projekt des Hdt. Tiefbauamts an der Fuß des Hochgeländes und weiterhin an die Gemarkungsgrenze zu verlegen, anschließend ist das Abw. auf Anielinger Gemarkung bis zum Punkt der späteren Eisenbahnüberführung hochwasserfrei einzuleiten. Die Arbeit ist als Kostentabelle auszuführen unter Berücksichtigung von 60 Prozent arbeitslosen Beschäftigten der Reichsarbeitslosenversicherung und 40 Prozent Wohlhabender erwerbslos.

Der bei Ausführungswerte 16 200 Erwerbslosentloshilfen zu erwartende Gesamtaufwand von rund 180 000 Mark ist wie folgt zu decken:

a) aus verlorener Zuschüssen der wertvollsten Arbeitslosenversicherung 39 120 M.,  
b) aus Darlehen der wertvollsten Arbeitslosenversicherung zu den dafür vorgeschriebenen Bedingungen 104 880 M.,  
c) aus laufenden Mitteln, Teilvoranschlag 84, Konto Nr. 6365 36 000 M.

2. Zur Aufnahme des Darlehens und zur Vereinbarung der Bedingungen wird der Stadtrat ermächtigt, zur Verwendung der Mittel wird eine Frist bis 31. März 1932 festgesetzt.

In der Begründung hierzu wird u. a. ausgeführt: Zur Gewinnung neuen Industriegebietes wird zur Zeit unter Inanspruchnahme von Mitteln, die im Voranschlag 1930 für die Beschäftigung von Wohlfahrtsarbeitslosen besonders zur Verfügung gestellt sind, das Industriegebiet nördlich des Rheinbafens hochwasserfrei aufgeschüttet. Die Arbeit geht in Kürze zu Ende. Das hier neu bereitstellende, umfaßt 60 000 Quadratmeter, entspricht 170 000 Quadratmeter umfassende Industriegebiet wird bereit noch in recht ungenügender Weise von der Abw. durchflossen. Um die damit verbundenen Mängelheiten und Kosten (zahlreiche Ueberbrückungen für Verbindungswege und Eisenbahneisen) zu vermeiden, empfiehlt es sich, die Abw. von der Honellstraße ab bis zur Gemarkungsgrenze zu verlegen, das neue Abw. selbst unmittelbar an der Honellstraße zu verlegen und von der Gemarkungsgrenze ab an dieser bis zur Ueberbrückung mit dem alten Fußlauf in den Abw. des Rheinbafens entlang zu führen. Es liegt nahe, diese Arbeit als Kostentabelle heute auszuführen. Sie eignet sich als reine Kostentabelle, entsprechend also dem derzeit dringlichsten Bedürfnis. Im Zusammenhang mit der Verlegung der Abw. bis zur Gemarkungsgrenze sollen auch die Abw. an der Gemarkung Anielingen von Anielingen aus etwa bis zum Punkt der späteren Eisenbahnüberführung am Ortsrand von Anielingen hochwasserfrei aufgeschüttet werden. Die ergänzende Aufnahme soll dazu dienen, einen Teil der Kosten der Gemeinde Anielingen zu übernehmen. Seitens der Stadt zu leisten, bekanntlich hat die Stadt im Jahre 1928 für Elektrizitätserweiterung und im Zusammenhang mit dieser Erweiterung auf Grund eines wasserpolizeilichen Verfahrens das Recht für sich in Anspruch genommen, Kühlwasser in einer Menge von 1 Kubikmeter je Sekunde in die Abw. einzuleiten zu dürfen. Die Gemeinde Anielingen hat damals Einspruch gegen die Abw. der Stadt erhoben und beantragt, durch diese zusätzliche Wassermenge von 1 Kubikmeter je Sekunde werde die Ueberbrückungsarbeiten für die Anielinger Niederung in erheblicher Weise verzögert und damit das dortige Industriegebiet der endgültigen Verumpfung preisgegeben. Das Ergebnis des Verfahrens war, daß zwar dem Gläubiger der Stadt stattgegeben, ihr aber gleichzeitig auferlegt worden ist, ein Projekt zur Verlegung der Ueberbrückungen der Anielinger Niederung auszuarbeiten und bei der Verwirklichung dieses Projektes finanziell sich in dem Verhältnis zu beteiligen, in dem das Karlsruher Kühlwasser zufälligen Schäden verursacht.

Die Kosten der gesamten Arbeit belaufen sich auf rund 180 000 M., der auf die Einleitung der Abw. von der Gemarkungsgrenze an entfallende Anteil ist auf etwa 15 000 M. zu beziffern. Insgesamt werden rund 16 200 Erwerbslosentloshilfen anfallen, das entspricht einer Beschäftigung von etwa 100 bis 150 Erwerbslosen auf die Dauer von rund 160 bzw. 110 Tagen. Die Förderung dieser Arbeit aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenversicherung wird auch dann ausfallen, wenn die Stadt bei Durchführung dieser Arbeit neben den Beschäftigten der Reichsarbeitslosenversicherung auch (bis zu 40 Prozent) Wohlfahrtsarbeitslose beschäftigt. Die Reichsarbeitslosenversicherung gewährt allerdings für diese Wohlfahrtsarbeitslose keine Zuschüsse, wohl aber das Land Baden, und zwar dieses in Höhe von 1,50 M. je Schicht.

Es ist noch zu bemerken, daß die Stadt seit längerer Zeit schon auf Grund der hierfür im Voranschlag 1930 zur Verfügung gestellten Mittel Wohlfahrtsarbeitslose bei verschiedenen anderen Arbeiten beschäftigt und dabei rund 48 000 Tagelöhne erzielen wird. Der Stadtrat hat auch in seiner Sitzung vom 27. November 1930 die Durchführung einer weiteren großen Kostentabelle, nämlich die

Erziehung eines Hochwasserdammes entlang dem Abwasserkanal vom städtischen Klärwerk Neurent nach dem Rhein

mit einem Kostenaufwand von 225 000 M. bei 24 000 Erwerbslosentloshilfen beschlossen und weiterhin die Beteiligung zu 1/2 des Gemeindeanteils an einer vom Badischen Staat durchzuführenden Kostentabelle (Verlängerung des Rheinbafensdammes unterhalb von Marzau bis zur Abmündung, 230 000 M. Kosten, 25 000 Erwerbslosentloshilfen) ausgesetzt. Leider ist zu befürchten, daß beide Kostentabelle nicht verwirklicht werden können, da weder erwarten der Badische Staat die letztgenannte Arbeit mangels der notwendigen Mittel nicht glaubt unternehmen zu können, diese

aber nach den bisherigen technischen Ueberlegungen die notwendige Voraussetzung für die Arbeiten am städtischen Abwasserkanal besteht.

Die beste und in jeder Hinsicht am meisten befriedigende Arbeitsweise wäre allerdings die Vornahme eines Teils der Erd- und Betonarbeiten für die neue Zufahrt zu der bei Marzau zu errichtenden festen Rheinbrücke. Die Stadtverwaltung arbeitet seit vielen Monaten an der Verwirklichung dieses Ziel. Es ist aber im Augenblick noch nicht sicher, ob es auch wirklich bis zum Frühjahr d. S. erreicht werden wird. Es ist recht schwer, den Standpunkt der Interessen einzelner Stadt- und anderer am Rheinbafensdamm Beteiligten und Interessierten auf dieses Ziel zu vereinigen.

Verkauf des alten Rathauses im Stadtteil Baulach an den katholischen Kirchenfonds Karlsruhe-Baulach

Der Stadtrat hat beschlossen: 1. Die Stadt verkauft das Grundstück Nr. 21 067 im Stadtteil Baulach, Bienenbühlstraße 109, in Flächenmaß von 1396 Quadratmeter mit den darauf errichteten Gebäulichkeiten an den katholischen Kirchenfonds Karlsruhe-Baulach zum Preise von 45 600 M.

2. Der katholische Kirchenfonds Karlsruhe-Baulach übernimmt für alle künftigen Zeiten die Lasten nach dem Einmündungsvertrag mit der ehemaligen Gemeinde Baulach obliegende Verpflichtung, die Kinderkrippe im Stadtteil Baulach in der bisherigen Weise zu unterhalten. Der Wert dieser Verpflichtung im Betrage von 15 100 M. ist an dem Kaufpreis aufzurechnen.

3. Von dem verbleibenden Kaufpreis mit 30 500 M. sind am Tage der Auktion 5300 M. zu entrichten; der Rest mit 25 200 M. ist in acht Raten von je 3150 M. jeweils am 31. März der Jahre 1931 bis 1940 zu bezahlen und vom Tage der Auktion an zu bezahlen von der städtischen Spar- und Pfandleihkasse jeweils für erstellte gesicherte Hypothekensfordernungen verlangten Zinsfuß zu verzinsen. Die Zinsen sind nachträglich auf 1. Juli, 1. Oktober, 1. Januar und 1. April eines jeden Jahres zur Zahlung fällig.

Aus der Begründung sei u. a. entnommen: Nach dem Einmündungsvertrag mit der ehemaligen Gemeinde Baulach hat die Stadt u. a. die Verpflichtung übernommen, die Kinderkrippe des Stadtteils Baulach in der bisherigen Weise zu unterhalten. Die Leistungen der Stadt für die Kinderkrippe auf Grund der Verpflichtungen aus dem Einmündungsvertrag bestehen in der kostenlosen Bereitstellung der bisherigen Räume der Kinderkrippe in dem abtägigen Hause Bienenbühlstraße 54, der Heizung und der Beleuchtung. Diese Leistungen erfordern zur Zeit einen Aufwand von 850 + 160 + 30 M., zusammen 1040 M. jährlich, wozu noch — unter Annahme von 7 Prozent Zins — einem Kaufpreisbetrag von 15 100 M.

Der katholische Kirchenfonds Karlsruhe-Baulach, vertreten durch Stadtratsrat Engel, ist nun mit dem Antrage an die Stadt herangetreten, ihm für den Betrieb der Kinderkrippe das Grundstück Bienenbühlstraße 109 käuflich zu überlassen. Er hat mit dem Kaufpreis darauf hingewiesen, daß die bereitgestellten Räume der Kinderkrippe ungenügend seien; insbesondere sei auch der Hof dieses Grundstückes für die Zwecke der Kinderkrippe zu klein, der Bau und Abgang der Kinder bei der Lage des Grundstückes an der Einmündung der Bienenbühlstraße in die Bienenbühlstraße durch den lebhaften Automobil- und sonstigen Fahrzeugverkehr mit Gefahren verbunden.

Auf dem zu veräußernden Grundstück steht ein Wohnhaus (das alte Rathaus der ehemaligen Gemeinde Baulach), ein einfaches Seitenbau und ein zweistöckiges Schulhaus mit Abortgebäude. Das Grundstück mißt 1396 Quadratmeter und hat einen Steuerwert von 76 000 M. In dem Wohnhaus befinden sich drei Lehrerwohnungen in dem Schulgebäude sind vier Lehrerwohnungen eingerichtet. Die jährlichen Mietseinnahmen betragen 2927 M., die Lasten (jedenfalls ohne Gebäudeversicherer und Verzinsung) 2071 M. der jährliche Ertrag ist mithin 856 M. Mit Ausnahme des Wohnhauses betragen sich die Gebäude in wenig gutem baulichem Zustande.

Im Laufe der Verkaufsverhandlungen ist eingehend unterzucht worden, ob für die Stadt jetzt oder in späterer Zeit die Möglichkeit besteht, das Anwesen für irgend einen Zweck öffentlicher privater Natur selbst zu verwenden; es ist insbesondere geprüft worden, ob das alte Schulhaus einmal seinem früheren Verwendungszweck wieder zugeführt werden müsse. In Uebereinstimmung mit dem Stadtratsamt ist jedoch festgestellt worden, daß der Verkauf des Grundstückes im Stadtteil Baulach mit den vorhandenen 856 M. füglich auf absehbare Zeit gedeckt ist. Für andere städtische Zwecke ist das zu veräußernde Grundstück vollständig aus. Nach der Beratung durch eine besondere Kommission hat sich daher der Stadtrat für den Verkauf des Anwesens entschieden. Als Kaufpreis sind unter Berücksichtigung des baulichen Zustandes der Gebäude 60 Prozent des Steuerwertes mit 76 000 M., das sind 45 600 M. angenommen worden. An dem Kaufpreis soll der Wert der Stadt obliegenden Verpflichtung aus dem Einmündungsvertrag, die Kinderkrippe im Stadtteil Baulach in der bisherigen Weise zu unterhalten, mit 15 100 M. aufzurechnen werden. Der Kirchenfonds hat diese Verpflichtung in vollem Umfang übernommen. Irgegendwelche Bedenken in rechtlicher Hinsicht bestehen hiergegen nicht.

Außer diesen Vorlagen stehen noch zur Beratung und Beschlußfassung: Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses, Erwerb und Verkauf eines Grundstücks im Ausmaße von 755 Quadratmeter in der Stadt Durlach, das zum Gut Schöneck auf dem Turmburg gehört.

Küppert

Generalversammlung des Arbeiter-Turn-Vereins. Auf die Sonntag, 11. Jan., nachmittags 3 Uhr im „Fähringer Löwen“ stattfindende Generalversammlung sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Es wird erwartet, daß nicht nur die Mitglieder, sondern auch möglichst viele Gäste zahlreich erscheinen. Deshalb: Auf in die Generalversammlung!

**Unser großer Inventur-Ausverkauf hat begonnen — Günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf!**

Ein Posten <b>Gesellschaftsschuhe</b> l. schwarz Atlas, Crêpe de Chine, Gold und Silber, Brokat mit kl. Schönheitsfehlern <b>4 95</b>	Ein Posten feintarbig <b>Dam.-Spangenschuhe</b> m. hohen und niederen Absätzen Hübsche Modelle <b>5 95</b>	Ein Posten feintarbig <b>Kalbleder-Spangenschuhe</b> elegante Modelle <b>Dam. Lack Spangen</b> hell abgestreift bequemer Absatz <b>6 95</b>
---	---	---

Beachten Sie bitte unsere 9 Schaufenster!

**schuh-Danger**

Auf sämtliche Winter- und Ueberschuhe **10% Rabatt!**

Ein großer Posten eleganter **Damenschuhe** erstklassige Fabrikate bis zu **50% ermäßigt**

RATENKAUFABKOMMEN!







